

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

(6.11.1866) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der badischen ersten Kammer am 31. Oktober 1866, den Waffenstillstands- und den Friedensvertrag mit Preußen und das Verhältniß Badens an ...

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlung der badischen ersten Kammer am 31. Oktober 1866, den Waffenstillstands- und den Friedensvertrag mit Preußen und das Verhältniß Badens an der Neugestaltung Deutschlands betreffend.

Der durchlauchtigste Präsident: Indem ich annehme, daß das hohe Haus nicht die Absicht haben wird, die einzelnen Artikel des Waffenstillstandsvertrages sowohl als des Friedensvertrages näher zu prüfen, vielmehr sogleich die Anträge der Kommission in Betracht zu ziehen geneigt seyn wird, möchte ich mir die Ehre geben, die letzteren vorzulesen; sie lauten:

1) Sey dem zwischen Baden und Preußen am 3. August zu Würzburg abgeschlossenen Waffenstillstand und dem zwischen denselben Staaten am 17. August zu Berlin abgeschlossenen Friedensvertrag die nachträgliche Zustimmung zu erteilen;

2) spreche die hohe Kammer ihre Meinung und ihre Wünsche über die Neugestaltung Deutschlands dahin aus, die große Regierung wolle:

I. den Eintritt der süddeutschen Staaten und insbesondere Badens in die Verbindung mit den norddeutschen Staaten zur Wiederherstellung eines Gesamtdeutschtums im Anschluß an Preußen entschieden anstreben, und dabei darnach trachten, daß die mit der Einheit und Wohlfahrt des ganzen Reiches verträgliche Selbstständigkeit und die verfassungsmäßigen Zustände der Einzelstaaten neuen Schutzes und verstärkter Garantien erhalte.

II. Wenn dieser Anschluß zur Zeit noch nicht durchzuführen seyn sollte, so wolle doch große Regierung:

a. ein Schutz- und Trugbündniß Badens mit Preußen abzuschließen versuchen,

b. die zur Wirksamkeit eines solchen Bündnisses und für den Schutz Deutschlands und Badens nöthigen militärischen Verabredungen und Verträge mit Preußen einleiten,

c. auf möglichst baldige Verwandelung des künftigen Zollvereins in eine unförmliche und einheitlich organisirte Zollvereinigung und

d. auf eine wirtschaftliche Gesamtverfassung, auch mit Bezug auf das Eisenbahn-, Telegraphen- und Postwesen hinarbeiten,

e. die nationale Gemeinschaft der Deutschen in den Nordstaaten und in den Südstaaten durch Ausbildung eines gemeinsamen deutschen Staatsbürgerrechts zu stärken und zu entwickeln versuchen.

Da diese Anträge wohl als ein Ganzes zu betrachten seyn werden, eröffne ich hiermit die Diskussion über dieselben insgesammt.

Herr v. Göler: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Es wurde mir die Ehre zu Theil, Mitglied Ihrer verehrlichen Kommission in der vorliegenden Frage zu seyn und ich freue mich, erklären zu dürfen, daß ich in den meisten Punkten über Das was wünschenswert, was zu erstreben sey, mit den übrigen verehrten Herren Kommissionsmitgliedern einverstanden war. Nur in zwei Punkten wich meine Ansicht von der der übrigen verehrten Herren Mitglieder ab, nämlich in den Anträgen, welche von einem Schutz- und Trugbündniß und einer Militärkonvention zwischen Baden und Preußen sprechen. Wenn ich Umgang davon nahm, einen Minoritätsantrag in dieser Beziehung zu stellen, so geschah dies, weil ich es als resultat und zwecklos erachtete und befehlt mir deshalb vor, meine Bedenken heute auszusprechen. — Der Standpunkt, den ein Jeder in der deutschen Frage vor dem Krieg einnahm, entschied über die Gefühle, mit welchen er dem Laufe der Schlachten gefolgt, mit welchen er den Frieden begrüßt. Mit Genugthuung sahen die Kleindeutschen auf den Sieg der preussischen Waffen, während Schmerz die Herzen der Großdeutschen ergriff. Zu den Letzteren zählte ich mich, ohne durch persönliche Ursachen zu Oesterreich hingezogen zu seyn. Ein Sproß des badischen Landes und festgewurzelt an die Scholle, welche seit vielen Jahrhunderten meine Familie ernährt, kenne ich keine andere Politik nach Innen, als das Wohl und Gedeihen des Volkes, mit dessen Interessen die meinigen auf das Innigste verbunden sind; kenne ich nach Außen keine andere Politik, als das Anstreben eines mächtigen, einigen, ehrfurchtgebietenden Deutschlands. Wie nun zur Erreichung dieses ersten Zieles, zur freiesten Entwicklung des Volkes, gerade mein Stand bedeutende Opfer zu bringen hatte, so war es mir klar, daß wenn das zweite Ziel, eine Einigkeit Deutschlands, erreicht werden sollte, die Souveränität der kleinen Staaten Deutschlands große, vielfache Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen hätten. Hiermit war es aber noch nicht geschehen. Eine der beiden deutschen Großmächte mußte sich auflösen oder aus Deutschland ausscheiden.

Zog ich nun meine süddeutsche Natur schon zu Oesterreich hin, so glaubte ich in dem jugendlichen österreichischen Volke mit seiner stolzen Armee auch die Kraft zu erkennen, die Hegemonie über Deutschland an sich zu reißen und zu wahren. Vor dem Kriege war es aber außerdem noch ein anderer Grund, der mich auf die deutsch-österreichische Seite zog, es war das **Rechtsgesühl**, und ich freute mich daher, daß unser Vaterland mit seinen Truppen auf dieser Seite stand.

Die Wärfel des Krieges sind unterdessen gefallen. Ich sehe mit Bedauern den österreichischen Bruderstamm aus Deutschland ausscheiden. Mag sich ein Privatmann diesem Gefühle überlassen; ich bin mir bewußt, daß, wer in dieses hohe Haus berufen ist, mit Recht den Vorwurf der Unmännlichkeit auf sich laden würde, wenn er Gefühle in die Politik mengen wollte.

Ich halte es für meine Pflicht, mit männlichem Entschlusse, Herr zu werden über alle Empfindungen, welche dieser Feldzug, welche die Gewaltthätigkeit Preußens mit ihren Annerionen in mir erweckt haben; um so offener, um so freier von Illusionen werde ich aber auch die Thatfachen in's Auge fassen und ich beginne mit der Erklärung, daß ich einen Zurücktritt in die früheren Verhältnisse als ein Unglück betrachte. Nach Ausschneiden Oesterreichs bestehen für uns noch zwei Krystallisationspunkte,

nämlich Berlin und München; letzteres war uns besonders zugebracht. Abgesehen davon, daß uns der Südbund von Frankreich u. im Interesse Frankreichs geboten wurde, abgesehen davon, daß die jüngsten Ereignisse eine Verbindung mit diesen Staaten mir undenkbar erscheinen lassen, erblicke ich in dem Südbund die größte Gefahr für Deutschland. In dem Bedürfnisse des Volkes nach Anschluß an eine größere Macht liegt die Garantie für eine Einigung Deutschlands. Wird der Südbund zu Stande gebracht, so wird jenes Verlangen ein geringeres seyn, jeder einzelne Staat ist weniger frei in seinem Thun und Handeln, und ein Anschluß eines Staatenbundes von Bayern, Württemberg und Baden wäre schwerer und unwahrscheinlicher gewesen, als der jedes einzelnen dieser Länder. Es blieb mir deshalb nichts Anderes übrig, als mich mit Jff. I. unter 2 einverstanden zu erklären und ich wünsche diesen Anschluß möglichst bald, weil ich ihn aufrichtig wünsche. Allein ich glaube nicht, daß wir uns so bald anschließen können; Frankreich bildet für uns ein Hinderniß, wenn auch nicht gerade das größte und bedeutendste. Preußen will uns nicht, kann uns vor der Hand nicht brauchen, weil die Politik Preußens in erster Reihe stets eine preussische, dann erst eine deutsche war und bleiben wird. Preußen wird die Gestaltung eines einigen Deutschlands nur dann zugeben, wenn ihm die Hegemonie über dasselbe im weitesten Sinne des Wortes gewahrt bleiben wird. Hätten die süddeutschen Staaten sogleich Abgeordnete in das Parlament geschickt, so hätten diese trotz ihrer Minorität, aber durch Anschluß an die Abgeordneten der anerkannten Länder das Uebergewicht Preußens leicht paralytirt, in einem Wort: es wäre ein deutliches und kein preussisches Parlament geworden. Das darf Preußen nicht dulden; es muß die anerkannten Staaten erst borusifizieren; dann dürfen wir erst daran denken, aufgenommen zu werden. Ich glaube überhaupt nicht, daß die preussische Regierung sich dem Parlamentarismus zum Ziele setzt, sondern sie steuert direkt auf den Kaiserthum los und ich bin der Letzte, der dieses beklagt. Der Kaiserthum hat die Erfolge dieses Sommers erreicht und wird uns wohl auch schneller zum Ziele bringen, als ein hundertköpfiges Parlament. Um die Rechte des Volkes wird mir nicht bange, denn der Parlamentarismus wird wieder an die Reihe kommen, wenn die Aufgabe des Kaiserthums gelöst seyn wird. Vorderhand ist die Hauptfrage Einheit des Willens und der Gewalten. Sie werden aus diesen wenigen Bemerkungen schließen, was ich von der Selbstständigkeit unseres Landes halte. Baden ist nicht in der Lage, und wird, wenn nicht wunderbare Ereignisse kommen, nie im Stande seyn, viele Bedingungen zur Aufnahme in den norddeutschen Bund zu machen. Am allerwenigsten wird es eine Bundesverfassung vorschreiben dürfen. Was ist überhaupt Selbstständigkeit ohne Militär und ohne Vertretung nach Außen, gebunden in allen volkswirtschaftlichen Beziehungen? Wir werden uns darein finden müssen, auf die Bedeutung eines Provinziallandes herunter zu sinken. Doch hielt ich es für meine Pflicht als badischer Abgeordneter und Unterthan wenigstens den Wunsch auszusprechen, den ich auch wirklich als Badener hege, daß möglichst viel von unserer Selbstständigkeit gewahrt werden möge. Als deutscher Patriot würde ich weniger Werth darauf legen. Die schöne und hohe Aufgabe der deutschen Klein- und Mittelstaaten in Bezug auf die Bildung und Kultur, wie auf die innere Verwaltung ist ziemlich gelöst. Jetzt thut uns hauptsächlich die Einheit nach Außen noth! Damit will ich durchaus nicht sagen, daß man eine Bittschrift nach Berlin schicken und demüthig nachsuchen soll, man möchte sich doch unser erbarmen. Wir haben das stolze Bewußtsein, daß Preußen uns noch weit lieber annerkennen wird, als wir uns demnach sehnen, von ihm verschlungen zu werden. Denn Preußen kennt den Reichtum unseres Landes, es kennt unsere brave Armee, die trotz aller Ehrentänze, trotz mangelhafter Ausrüstung und Verproviantirung, trotz aufreibender Zugsdienstleistungen die alte Bravour der badischen Truppen in dem letzten Feldzug aufrecht erhielt, wofür wir ihr den aufrichtigsten Dank schuldig sind.

Ich stimme also für das unter I. Angetragene, nämlich für den Anschluß an den Norden. Da ich jedoch nicht glaube, daß der Anschluß sobald möglich wird, so sind manche Schritte vorher zu thun, um diesen Anschluß vorzubereiten und ich rechne darunter vor Allem und betrachte als das wichtigste Mittel hierzu den Zollverein. Dieser bietet für beide Theile so viel materielle Vortheile, daß dies wohl entscheidend seyn wird, um die Assimilirung des Südens mit dem Norden vorzubereiten. Auch mit dem Antrage II. d. kann ich mich ganz einverstanden erklären und was unter e. über das deutsche Staatsbürgerrecht gesagt ist, so betrachte ich dies auch als einen schönen Wunsch, dem man zustimmen muß. Es bleiben also nur noch II. a., b. übrig, die von kriegerischen Maßregeln sprechen; es heißt hier: „Wenn dieser Anschluß f. Z. noch nicht durchzuführen seyn sollte, so wolle doch gr. Regierung a. ein Schutz- und Trugbündniß Badens mit Preußen abzuschließen versuchen.“

Es ist damit die Aussetzung verbunden, daß Baden eine Militärkonvention mit Preußen abschließen solle auch ohne daß nothwendigerweise Bayern und Württemberg das Gleichen thun. Hier sprach ich nun in der Kommissionsfassung den Wunsch aus, daß ähnlich wie unter I. von den süddeutschen Staaten die Rede ist, auch hier von keinem Schutz- und Trugbündniß Baden's, sondern der süddeutschen Staaten die Rede seyn möchte; ich konnte aber nicht damit durchdringen. Diese Frage läßt sich von verschiedenem Standpunkte beleuchten. Betrachte ich sie vom Standpunkte des deutschen Patriotismus, so scheint mir der Antrag im Berichte sehr anerkennenswerth, allein nicht von höherer Bedeutung. Es wurde von dem Herrn Präsidenten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in der öffentlichen Sitzung des andern Tages darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen sich wohl vor

der Hand darauf nicht einlassen könne, da die Vertheidigung des Landes für Preußen eine zu schwierige sey und ich denke, daß dies uns von militärischen Sachmännern heute näher auseinander gesetzt werden wird. Man wendet allerdings dagegen ein, daß unser Land nicht vertheidigt werden sollte; unser badisches Militär könnte aber immerhin eine preussische Armee am Main verstärken. Auch ich bin empfänglich für patriotische Gefühle, auch ich sehe etwas Edles und Hohes darin, Blut und Gut für das Vaterland zu opfern, allein ich glaube, daß wir nicht in dieses Haus berufen sind, um nur patriotische Reden zu halten, sondern auch darüber zu wachen, daß mit dem Hab und Gut unserer Mitbürger ökonomisch verfahren und diese nicht zwecklos in Gefahren gesetzt werden. Male ich mir nach dieser Erwägung unsere Lage aus: so wird dieselbe, wenn wir mit Preußen militärisch verbunden sind, und Bayern und Württemberg nicht mitgehen und ein Krieg aus Osten oder Westen oder beiden Seiten zugleich ausbricht, eine schreckliche seyn. Unsere Truppen sind alsdann bei den Preußen am Main, unser Land von Feinden besetzt, und den schweren Kontributionen ausgesetzt, wie sie die Preußen in diesem Sommer aus früheren Jahrhunderten hervorgeholt und von Neuem gelehrt haben. Hier dürfen wir, hier können wir die Regierung nicht drängen. Was würde auch der Zweck seyn? Ich glaube nicht, daß die Entwicklung der deutschen Frage von unserer Theilnahme an einem etwaigen Krieg abhängt. Man wendet aber allerdings ein, es sey unehrenhaft und unfaßlich, unsere bad. Truppen einem etwaigen Krieg entziehen zu wollen, und es wurde dies gerade von derjenigen Partei erklärt die seiner Zeit am schnellsten dabei war, um alle badischen Truppen dem Kampfe zu entziehen. Man sagt, die Ehr Badens lasse es nicht zu, daß man mit Bayern und Württemberg in Verhandlungen trete. Die freimüthigen Mittheilungen des Herrn Präsidenten des Ministeriums des Auswärtigen haben mich zwar als Erwiderung auf Bayerns Verhalten gefreut. Aber damit scheint mir in diesem Fache genug geleistet. Ich betrachte es als Grundsatz, daß man mit seinen Nachbarn in Frieden lebe, auf die wir immer wieder angewiesen seyn werden; wir müssen gut mit ihnen stehen. In einem Kriege mit Frankreich wird Württemberg auch auf der deutschen Seite stehen und alsdann werden wir mit den württembergischen Truppen doch wieder ein Armeekorps zu bilden haben, nur wird ein preussischer General als Führer dabei stehen. Mit den beiden ersten Sätzen unter II. kann ich also nicht einverstanden seyn, und sollte das durchlauchtigste Präsidium die einzelnen Punkte zur Abstimmung bringen, so wäre ich gezwungen, dagegen zu stimmen. Sollten die Anträge aber en bloc zur Abstimmung kommen, so werde ich mit dem Kommissionsantrag stimmen, weil ich das feste Vertrauen zu den Regierungen von Bayern u. Württemberg habe, daß sie stets deutsch handeln werden.

Zum Schluß habe ich nur noch eine Bemerkung zu machen über die innere Politik, welche Baden, so lange es selbstständig ist, wohl zu verfolgen haben wird, und ich halte unsere Lage nicht, wie von vielen Seiten behauptet wird, in unserer Isolirung für so unhaltbar.

Ich glaube, wenn wir Frieden erhalten, würden wir uns Jahrzehnte hinaus erhalten können. In der inneren Politik stimme ich mit dem von dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern in dem andern Hause Bemerkten überein, daß der Moment für großartige legislativische und organisatorische Arbeiten vor der Hand nicht da ist, es fehlt an Muth, es fehlt an Geld. Suchen wir dagegen, so lange wir es noch können, unsere Volkskräfte zu stärken, für Hebung der Landwirtschaft, der Gewerbe, des Handels zu sorgen und alles Das zu thun, was wir später nicht mehr thun können. Sparen wir dagegen in Branchen, besonders beim Militär durch Beurlaubungen im größten Maßstabe. Nur in einem Punkte bedauere ich, daß von der großh. Regierung gepart wurde, ich meine hinsichtlich der Aufbesserung der Lehrer. Es lief ein Entsetzen durch unser Land, daß die Steuer erhöht werden sollte, daß für über 1 Million Hinterlassungsgebühre angeschafft werden und die Lehrer nach wie vor hungern sollen. Es ist dies ein Flecken, der an unserem Lande haftet. Württemberg hat zuerst dafür gesorgt, daß seine Diener nicht hungern müssen und dann trieb es erst hohe Politik. Ich bin überzeugt, wenn von der großh. Regierung ein Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Steuer um ungefähr 1 Kreuzer vorgelegt worden wäre, um damit die Lehrer anzubessern, daß dieser Entwurf auf wenig Anstände bei uns und dem Volke gestoßen wäre.

Herr Obergerichtsadvokat Dr. **Bertheau:** Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Der Herr Vorredner hat sich in den Hauptpunkten mit den Anträgen der Kommission einverstanden erklärt; nur in Bezug auf zwei Punkte hat er Anstand gehabt, und zwar nur in einer besondern Richtung diesen Anstand geltend gemacht. Der Anstand, den der Herr Vorredner hatte, bezieht sich auf den Antrag der Kommission unter II. a., b. Ihre Kommission hat in erster Linie den Wunsch ausgesprochen, daß Baden mit allen Kräften dahin streben möge, in den norddeutschen Bundesstaat aufgenommen zu werden. Für den Fall diese Aufnahme in jenen Bundesstaat nicht zu erzielen seyn sollte, hat die Kommission in zweiter Linie Wünsche ausgesprochen, welche einen möglichst nahen Anschluß an diesen norddeutschen Bundesstaat bezwecken. Es ist unter II. a., b. von Ihrer Kommission der Antrag gestellt worden, es möge die hohe Kammer ihre Meinung u. Wünsche hinsichtlich der Neugestaltung Deutschlands dahin aussprechen, daß wenn der besprochene Anschluß zur Zeit noch nicht durchzuführen seyn sollte, die große Regierung doch

a. ein Schutz- und Trugbündniß Badens mit Preußen abzuschließen versuchen,

b. die zur Wirksamkeit eines solchen Bündnisses und für den Schutz Deutschlands und Badens nöthigen militärischen Verabredungen und Verträge mit Preußen einleiten wolle.

Der Herr Vorredner verkennt nicht, daß es im Interesse Deutschlands, im Interesse der Nation geboten ist, daß ein möglichst enger Anschluß Süddeutschlands und Norddeutschlands eintrete, und daß, wenn die staatliche Verbindung sich nicht erzielen lasse, wenigstens dahin gewirkt werde, daß das hier beantragte Schutz- und Trugbündnis mit Preußen abgeschlossen werde, und zur Wirksamkeit eines solchen Bündnisses militärische Verabredungen mit Preußen, bezieh. mit den norddeutschen Bundesstaaten getroffen werden möchten. Der Herr Vorredner sagt aber auch, wir sollten uns enthalten, für uns allein in Verhandlungen, die diesem Zwecke entsprechen, mit den norddeutschen Bundesstaaten einzulassen und er hält es für geboten, daß dies nur gemeinschaftlich mit den übrigen süddeutschen Staaten geschehe. Ihre Kommission ist dieser Ansicht nicht gewesen und ich glaube mit Recht. Der Herr Vorredner stimmt mit der Kommission darüber überein, daß für die zu erzielende Einheit Deutschlands nichts verderblicher seyn werde, als die Bildung eines süddeutschen Bundes, der schon durch seine Entstehung eine Opposition gegen den norddeutschen Bund bilden und so der entschiedenste Ausdruck einer Zerklüftung Deutschlands seyn würde, während wir die Einheit desselben anstreben. Er ist deshalb gegen die Bildung eines solchen Bundes, der muß auch gegen die Verbindung der süddeutschen Staaten zur gemeinsamen Verhandlung gegenüber dem norddeutschen Bundesstaat über das mit demselben eingegangene Bündnis, einen süddeutschen Bund ad hoc seyn. Durch eine solche Verbindung würden die süddeutschen Staaten von vorneherein sich in eine oppositionelle Stellung zu dem norddeutschen Bundesstaat versetzen und es würde dies das wenigst förderliche Mittel seyn, die Einigung mit demselben zu erzielen. Außerdem aber glaube ich schon um deswillen nicht, daß dieser Weg der richtige wäre, weil dabei größere Schwierigkeiten sind, als bei dem Weg, wenn Baden allein in solche Unterhandlungen mit dem nördlichen Bundesstaate tritt. Damit in der Weise, wie der Herr Vorredner wünscht, die Unterhandlungen gepflogen werden, würde es nothwendig seyn, daß zuerst eine Einigung unter den süddeutschen Staaten erzielt würde über die näheren Bedingungen, unter denen ein Vertrag mit den norddeutschen Bundesstaaten abzuschließen wäre. Diese Einigung wird unter den süddeutschen Bundesstaaten nicht leicht zu erzielen seyn, denn die Stellung der süddeutschen Staaten gegenüber dem Nordbund ist sehr verschieden. Wir können uns darüber keine Illusionen machen, z. B. die Stellung von Bayern ist entschieden anders, als die unsere, und die Neigungen und Gesinnungen betrifft, so ist dies in Württemberg auch wieder ganz anders, als bei uns.

Während wir mit allen Kräften die Einigung Deutschlands anstreben, wird die württembergische Regierung sehr durch dynastische Interessen geleitet und die württembergische Kammer hat in erster Linie nur freirechtliche Interessen im Auge. Ihr geht die württembergische Freiheit über die deutsche Einheit, während bei uns die deutsche Einheit das zunächst anzustrebende Ziel ist, und wir die Ueberzeugung haben, daß nach dieser Einheit die Freiheit nicht ausbleiben kann. Wenn wir Dasjenige, was uns der Herr Vorredner vorschlägt, annehmen, wenn wir uns erst mit unsern südlichen Nachbarn darüber verständigen wollten, in welcher Weise wir die Unterhandlungen einzuleiten, welche Bedingungen wir dem Nordbund zu stellen hätten, so würden die Schwierigkeiten sich häufen, eben weil wir uns erst mit den südlichen Nachbarn in's Einverständnis setzen müßten, während wenn wir den von der Kommission vorgeschlagenen Weg einschlagen, wir uns nur mit dem Nordbund zu einigen, also die wenigsten Schwierigkeiten zu überwinden haben, um das Ziel zu erreichen, das wir wollen: die Einigung Deutschlands.

Der Herr Vorredner meint, daß wir in unserer Stellung in's Auge zu fassen haben, daß die Lage Badens eine ungemein gefährliche würde, wenn Baden allein sich dem Nordbund anschließen würde, während die übrigen süddeutschen Staaten in ihrer isolirten Lage beharrten. Ich vermag hierin eine besondere Gefahr nicht zu erkennen. Es kann unter allen Umständen keinem Zweifel unterworfen werden, daß wenn der Zeitpunkt dieser Gefahr, die er im Auge hat, nämlich eines Kriegs mit Frankreich eintritt, wir uns auf die Seite des Nordbundes stellen müssen.

Es kann keine Rede davon seyn, daß wenn der deutsche Nordbund in Krieg mit Frankreich käme, irgend ein süddeutscher Staat eine neutrale Stellung einnehmen dürfte. Sobald die deutschen Interessen gefährdet sind, muß die Nation wie ein Mann da stehen und müssen die süddeutschen Staaten sich mit dem Nordbund vereinigen, um den äußern Feind von den Grenzen des Vaterlandes abzuweisen. Es ist dabei ganz gleich, ob wir uns durch förmlichen Vertrag mit dem Nordbund schon verbunden haben, oder nicht. Es kann also kein Grund gefunden werden, weshalb wir nicht allein die Verhandlungen mit dem norddeutschen Bund zur Erzielung des Bündnisses, welches die Kommission für nothwendig und geboten erachtet hat, einleiten sollten. Ich glaube deshalb, daß kein Grund vorliegt, den Punkten, die die Kommission unter 1. a., b. entwickelt hat, nicht beizutreten.

Herr Ministerialpräsident v. Freydhof: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Die große Regierung hat in der Begründung der Vorlage des Friedensvertrages und Waffenstillstandsvertrages, so wie bei der Verhandlung des andern hohen Hauses über dieselben die Lage geschildert, in welche Baden durch den Bundesbeschluß vom 14. Juni, durch den ausgebrochenen Krieg und die hierauf abgeschlossenen Separatverträge gebracht wurde, und es wurden auch in dem Kommissionsberichte des andern Hauses die Bestimmungen der Verträge erläutert. Nach dem zustimmenden Votum der zweiten Kammer und dem Antrage Ihrer Kommission ist über diese Verträge nichts weiter zu sagen.

Die Begründung der gr. Regierung und die Kommissionsberichte der beiden hohen Häuser haben Anlaß gegeben, über die beiden genannten Verträge und die allgemeine Lage des Großherzogthums Baden unter den gegenwärtigen Verhältnissen, so wie über die von der großen Regierung künftig einzuhaltende Politik anläßlich dieser Verhandlung zu sprechen. Es haben sich in Folge des letzten Krieges nur die Mittel- und Kleinstaaten jenseits des Rheins zu einer Verbindung mit Preußen vereinigt; die süddeutschen Staaten dieserseits des Rheins sind vorerst davon ausgeschlossen; sie sind durch die Nikolsburger Präliminarien und den Tager Friedensvertrag auf die Bildung eines süddeutschen Bundes hingewiesen. Nachdem nun in Bayern, das zur Führung des Südbundes berufen war, von Seiten der Regierung wie der Stände dieser Bund aufgegeben zu seyn scheint, nachdem auch Baden kein Anlaß gegeben ist, diesen Zeitpunkt ferner in Erwägung zu ziehen, kann ich auch darüber weggehen. Es sind in der Verhandlung der zweiten Kammer

und in der Begründung Ihres Kommissionsberichtes die Gründe aufgezählt, die uns vielmehr zu einer Anlehnung an den norddeutschen Bund und an Preußen hinweisen. Die große Regierung freut sich, durch das einstimmige Votum der zweiten Kammer und den Antrag Ihrer Kommission, welcher nach dem, was ich bisher gehört habe, auch hier angenommen werden wird, in dieser ihrer Richtung unterstützt zu seyn. Ich sage, durch das einstimmige Votum der zweiten Kammer, denn auch von Seiten der kleineren Minorität, die gegen den Kommissionsantrag stimmte, wurde nicht von einer Aufrechterhaltung der jetzigen Selbständigkeit Badens und noch weniger von einer Anlehnung an's Ausland, sondern nur von einem Anschlusse an Preußen gesprochen, und dieser nur von besonderen Voraussetzungen und Bedingungen abhängig gemacht. In dem sehr gründlichen, klar durchachten Berichte Ihrer verehrlichen Kommission erscheint das zu verfolgende Ziel im Einzelnen dargelegt, und in diesen Wünschen begegnet sich die Kommission mit den Bestrebungen und Absichten der großen Regierung. Es ist auch erfreulich, in diesem Berichte jenen hohen Standpunkt wieder zu erkennen, den die erste Kammer seit 1860 eingenommen hat. Es ist darin nichts von partikularen Interessen der Stände und Korporationen zu finden, die hier vertreten sind, nichts von Sympathien und Antipathien, die aus wirklichen oder vermeintlichen Interessen hervorgegangen. Es ist nur das Wohl des engeren badiſchen und großen deutschen Vaterlandes in's Auge gefaßt. Damit ist die erste Kammer auf den Boden zurückgeführt, auf dem sie namentlich in den ersten Jahren unseres Verfassungslebens, in den Jahren 1820—1824, stand, damals, als Männer, wie Frhr. v. Wessenberg, v. Türkheim, v. Zyllhard, v. Baden, Zacharia, v. Kottek Hand in Hand mit ebenbürtigen Geistern des andern Hauses bemüht waren, das badiſche Land, diesen schönen Theil Deutschlands, herauszuarbeiten aus den verrotteten Zuständen des Feudalismus, und es politisch und wirtschaftlich auf einen Stand zu bringen, in dem es mit den vorgeschrittenen Staaten Europas in die Schranken treten könne.

In den Jahren 1803 bis 1815 hat sich das Großherzogthum Baden aus dem Zustande eines halbsouveränen Vasallenstaates zu einem selbständigen Mitgliede des deutschen Bundes aufgeschwungen. Durch die letzten Ereignisse vollends ist es ein selbständiger und souveräner Staat geworden, allein die heilbringenden Ergebnisse des letzten Krieges haben ihre Wirkung auf Baden noch nicht vollständig ausgeübt. Wohl ist die Bundesverfassung beseitigt, die den Bedürfnissen der deutschen Nation nicht genügte, wohl ist der unheilvolle Antagonismus durch das Ausschneiden Oesterreichs verschwunden, der unsere Macht nach Außen lähmte und unsere innere Entwicklung darniederhielt; wohl ist durch den letzten Krieg ein Ziel für unsere nationalen Bestrebungen klar hingestellt. Allein vorerst haben wir noch keinen Antheil an dem norddeutschen Bunde, noch stehen wir vereinzelt außerhalb desselben. Dieser Zustand kann nicht dauern. Nicht nur fehlt uns die Macht zur Erhaltung unserer Selbstständigkeit, nicht nur können wir so unseren Pflichten gegen Deutschland nicht genügen; wir haben außer der nationalen Gesinnung des Fürsten und der Bevölkerung dieses Landes gar keine Garantie, daß wir nicht ein — nicht nur unnützes, sondern geradezu schädliches Glied der deutschen Nation werden. Wir dürfen nur an die Gefahr erinnern, in der wir in einem Momente des letzten Krieges standen, mit dem Auslande gegen die zur Führung Deutschlands berufene Macht zu stehen, und daß die Tendenzen und Personen, die uns dieser Gefahr entgegenstellten, wenn sie auch besiegt sind, im Innern Deutschlands noch bestehen. Aus dieser prekären Lage herauszukommen, unsern Antheil an Deutschland zu haben und unsere Pflicht gegen dasselbe erfüllen zu können, gibt es nur einen Weg: der Anschluß an den norddeutschen Bund.

Schon vor einem Jahrhundert, dann wieder vor fünfzig Jahren und seit den dreißiger Jahren, seit den Verhandlungen über die Gründung des Zollvereins sind die Augen Deutschlands auf das preussische Königshaus, auf die Kraft und Intelligenz gerichtet, die in dem preussischen Volk und Staate wohnt. Der letzte Krieg hat bewiesen, daß in Preußen auch die Grundfesten politischer Macht nach Außen, die ultima ratio regum, gut beschaffen, daß die Gewehre und Kanonen gut bestellt sind, und es haben sich seit fünfzig Jahren deutsche Waffen nicht solche Achtung erworben, wie die preussischen Waffen im letzten Kriege.

Fürchten Sie nicht, daß Sie durch Ihre Zustimmung zu den Anträgen der Kommission den konservativen Ruf dieser hohen Kammer erschüttern. Ich habe, so lange ich politisch denke, freis beobachtet, daß diejenigen, die Alles unbedingt festhalten, was staatlich, kirchlich oder sonst nun einmal besteht, ebenso wenig konservativ sind, als diejenigen, die auf den Umsturz alles Bestehenden hinarbeiten. Alles Bestehende überlebt sich; geben Sie nur zurück auf das Mittelalter oder auf die Zustände, die sich vor dem Verfall des deutschen Reiches gebildet haben, und denken Sie sich die Ideen der damaligen „Konservativen“ siegend und die Zustände, die sie verteidigten, bis heute fortbestehend — dieselben würden gerade so wider Sinnig seyn und so schnell zerfallen, wie die jüngsten Werke der Männer des Umsturzes, die französische und die badiſche Republik. Ich glaube, daß vielmehr diejenigen wahrhaft konservativ sind, welche, die Hand am Pulse der Zeit, die Schäden der gegenwärtigen Zustände, die Bedürfnisse ihres Landes und Volkes erkennen, die Schäden ausmerzen, die Bedürfnisse zu befriedigen bemüht sind und Staat und Volk nicht auf dem Standpunkte, auf dem sie stehen, zu belassen, sondern sie einer nach Außen unabhängigen, freirechtlichen Existenz entgegenzuführen trachten. Ich möchte fragen, was z. B. jene Schein-Konservativen in dieser hohen Kammer gerichtet haben? Die Ereignisse der Geschichte und die Gesetgebung sind über sie weggegangen, der Staat ist so eingerichtet, wie er es auch ohne sie seyn würde; sie haben sich nur vergebens abgemüht, und dadurch den Ruhm verloren, den z. B. die englische Aristokratie sich erworben und erhalten hat, den Ruhm, im Kampfe für die Freiheit und Größe ihres Landes selbstthätig Hand angelegt zu haben. Verlangen Sie eine Probe zu der Parallele zwischen den Schein-Konservativen und den Männern des Umsturzes, so ist sie dadurch geliefert, daß in einer Krisis Beide zusammenstehen. So war es 1848 und 1849 in der Paulskirche, so war es im letzten Kriege, so ist es heute noch. Es erklärt sich dies einfach. Beider Parteien Waizen blüht und gedeiht nicht in gesundem Boden. Die eine bedarf des Umsturzes und der Verwirrung, um ihre unreifen und tollen Ideen und sich selbst wenigstens vorübergehend zur Herrschaft zu bringen; die andere hofft gleichfalls durch die Verwirrung zur Geltung zu kommen, jedenfalls aber in dem ungesunden Zustande, der auf die Unterdrückung einer Revolution zu folgen pflegt.

Die zweite Kammer hat das Ihrige gethan, den Zeitpunkt einer Einigung des ganzen Deutschlands und damit der Sicherung und Befestigung unserer mühsam und unter schweren Kämpfen erlangenen glücklichen Zustände und Einrichtungen näher heranzurücken. Zeigen auch Sie durch Ihr Votum, daß in allen Schichten der Bevölkerung, in allen Klassen der Gesellschaft die Interessen und Bedürfnisse des badiſchen Volkes und der deutschen Nation richtig erkannt sind, und daß in Ihnen das Bewußtseyn lebt, in dem Geschick Badens auch jenes von Deutschland mitzubethen.

Frhr. v. Rüdiger: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich glaube nicht, daß die Bemerkungen, die der Herr Präsident des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an die hohe Kammer gerichtet hat, auf irgend ein Mitglied derselben anwendbar seyn werden, soweit ich die Gesinnungen dieser Mitglieder kenne. Inbessenen theile ich die Bedenken, welche Frhr. v. Göler ausgesprochen hat, ebenfalls. Ich glaube zwar nicht, daß nothwendig ein Bündnis mit den süddeutschen Staaten zu schließen wäre, um eine gemeinschaftliche Militärkonvention mit Preußen in's Werk zu legen; ich glaube nur, daß wir nicht einseitig voranzugehen sollen, ohne die Beweise zu haben, daß die übrigen süddeutschen Staaten auch das Gleiche thun.

Ich halte es für sehr gefährdend, wenn wir dies thun würden. In diesem Sinne kann ich daher dem Antrage der Kommission, der übrigens viel weiter geht, als der Antrag der Kommission der zweiten Kammer, nicht vollständig beitreten. Wenn also en bloc abgestimmt würde, so würde ich mich meines Stimmrechtes begeben, da ich im Uebrigen mit dem Antrage der Kommission einverstanden bin.

Herr Ministerialpräsident v. Freydhof: Ich kann nur bestätigen, daß ich mit meinen Bemerkungen kein Mitglied der hohen Kammer treffen wollte; dazu war um so weniger Veranlassung gegeben, als beide Herren im Ganzen für den Kommissionsantrag stimmten. Die Herren v. Göler und Frhr. v. Rüdiger sind nur in zwei Punkten von dem Kommissionsantrage abweichend und beide Herren glauben, daß, falls en bloc abgestimmt würde, sie nicht dafür stimmen könnten. Ich möchte nun den Gründen, die angeführt wurden, doch folgendes entgegenhalten: Die Freiherren v. Göler und v. Rüdiger glauben, daß eine Militärkonvention mit Preußen für Baden gefährlich seyn könnte, indem sich letzteres von den übrigen süddeutschen Staaten isolire. Frhr. v. Göler hat von dem Gefahren gegen Oden und Welfen gesprochen und seine spätere Exemplifikation zeigte, daß er an einen Krieg mit Frankreich dachte. Nach Erklärungen der bayerischen und württembergischen Regierungen und den Vorgängen in den Kammern beider Länder ist es mehr als wahrscheinlich, daß Beide mit Deutschland, mit Preußen, gehen, und dann sind wir mit unserem Schutz- und Trugbündnis auf derselben Seite, wie Jene. Wenn Bayern und Württemberg aber wider Erwarten mit dem Reichsfeinde marschiren würden, so würde ich um so mehr ein Schutz- und Trugbündnis und eine Militärkonvention mit Preußen für geboten erachten, um uns gegen die Gefahr des Untergangs zu schützen und die nationale Ehre zu retten.

Herr Arctaria: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Erlauben Sie mir nur wenige Worte, zu einigen Bemerkungen des Frhr. v. Rüdiger entgegen zu treten. Ich beschränke mich darauf, weil ich erst gestern von einer Reise zurückgekehrt und deshalb keine Zeit hatte, mich in diese Frage recht einzuarbeiten. Ich habe die Verhandlungen des andern Hauses nicht gehört, konnte auch keine Zeitung lesen, denn meine Reise ließ mir keine Zeit dazu.

Ich bin also ziemlich Neuling in dieser Frage, habe aber darin mein bestimmtes Gefühl und dieses geht dahin, daß ich mich dem Antrage der verehrlichen Kommission in allen Theilen anschließen.

Nur Eines war mir bedauerlich; ich habe nämlich in dem sonst so vorzüglich gearbeiteten Kommissionsberichte kaum berührt gefunden die Stellung des künftigen deutschen Parlaments. Ich weiß wohl, daß sich darüber nichts Bestimmtes sagen läßt, daß die Verhältnisse sehr schwierig seyn werden und daß Alles noch sehr im Dunkel liegt, insbesondere wie sich dies Parlament zu dem preussischen Parlament verhalten wird. Allein trotzdem sollten die deutschen Kammern mit allem Nachdruck begehren, daß, wie auch die künftige Gestaltung Deutschlands seyn werde, immer eine deutsche allgemeine Volksvertretung damit verbunden sey. — Die Bemerkung, die ich mir gegen die Worte des Frhr. von Rüdiger erlauben wollte, ist folgende: Er hat es für bedenklich gefunden, ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen abzuschließen, wenn wir dabei einseitig vorausgehen, und meint, dies wäre nachtheilig für unsere Stellung. Ich glaube aber, daß wenn ein gutes Ziel zu erreichen ist, auch der Einzelne den dahin führenden Weg betreten sollte, wenn er auch gefährlich wäre. Uebrigens ist sicher und bestimmt, wenn dieser Weg betreten wird, daß die Andern auch nachfolgen werden. Wir sind gezwungen, besonders wegen eines Krieges mit Frankreich, ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen abzuschließen, und da Hohenzollern in unserer Nähe liegt, so sind wir in unserer Lage nicht so sehr von Preußen getrennt, wir haben damit einen Kern für unsern Anschluß und auch Württemberg kann sich wegen des letztern Umstandes nicht wohl anschließen. Daß ferner in Bayern die Stimmung für Preußen ist, haben wir erfahren aus den Verhandlungen der Kammern und auch sonst. Ich glaube also, wir sollten dieses Schutz- und Trugbündnis anstreben; damit hängt auch natürlich zusammen, daß unsere Heereseinrichtung mit der preussischen übereinstimmen muß. Ich bin kein Militär und verstehe nichts davon, aber die Ereignisse dieses Sommers haben bewiesen, daß sie die beste ist, die wir haben, und ich glaube, wenn unsere Heereseinrichtung so wie die preussische hergestellt wird, wir eine tüchtige Kraft damit haben und dieß wird wieder zur Folge haben, daß die andern deutschen Bundesstaaten diese auch annehmen werden. Wir müssen deshalb dieses Bündnis anzustreben suchen, und ich wiederhole, daß ich mich dem Antrage der Kommission anschließen.

Herr Frhr. v. Gemmingen: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich schließe mich im allgemeinen Großen und Ganzen den Anschauungen meines verehrten Herrn Nachbarn von Linke (v. Göler) an. Ich werde nicht nur für den Antrag unter 1, was sich von selbst versteht, stimmen, sondern auch für jenen unter 2, wenn ich auch die Worte „und insbesondere Badens“ gewissermaßen ignorire, weil ich es für unmöglich halte, daß es allein und nicht mit den andern süddeutschen Staaten in den Bund mit den norddeutschen Staaten trete. Ich glaube vielmehr, daß die früheren Beziehungen und Verbindungen

gen mit den Nachbarstaaten wieder gesucht werden müssen, denn das ist ganz unumgänglich notwendig. Ich werde deshalb gegen die Sätze II a., b., in Betreff des Schutzes und Trugbündnisses von Baden allein, so wie hinsichtlich der Militärkonvention, stimmen. Ich werde bedauern, gegen Ziffer II stimmen zu müssen, und zwar wegen der Punkte c., d., e., denen ich gerne zustimmen würde.

Wird der ganze Antrag en bloc zur Abstimmung kommen, so unterscheidet sich nur darin in der Abstimmung von Ziffer II. Ich würde mich nicht für die Punkte c., d., e., denen ich gerne zustimmen würde, erklären, weil sich dieser ganz davon enthalten will. Ich müßte in dem angeführten Falle, obgleich es nicht gerne geschieht, ganz dagegen stimmen.

Herr Oberst v. Böcklin: Ich kann die Befürchtungen, die Herr v. Soler ausgesprochen hat, nicht theilen, und werde im Ganzen für die Punkte, die im Kommissionsberichte angegeben sind, stimmen.

Herr Ministerpräsident Dr. Jolly: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Es ist schwer, in der Frage, die uns heute beschäftigt, noch etwas Neues zu sagen, da sie seit Monaten alles Sinnen und Denken der Menschen absorbiert und doch sehr die Diskussion immer wieder zu ihr zurück und es drängt Jeden stets auf's Neue, sich darüber auszusprechen.

Ich glaube, es ist nicht allein die ganz ungeheure Wichtigkeit derselben für unsere Gegenwart und Zukunft, die uns zu immer wiederholten Erörterungen zwingt, sondern es liegt dies auch zum Theil in einer gewissen Nichtbefriedigung, mit der wir den Stand der Sache betrachten. Diese Nichtbefriedigung hat ihren Grund zunächst darin, daß wir die Befestigten sind, bestieg allerdings auf einer Seite, auf welche wir wider Willen nur durch die Macht der Verhältnisse getrieben wurden, aber doch immer bestieg, und dieses Gefühl ist, wenn wir auch die unterlegene Sache nicht betrauern, doch immer ein bitteres.

Wenn der erste Herr Redner mit männlicher Entschlossenheit seinen früheren Reizungen entsagt, weil unabwendbare Thatsachen ihnen jeden Erfolg abschneiden, und mit sehr anerkennenswerthem Muth sich bereit erklärt, auf der gegebenen Basis weiter zu arbeiten, so befinde ich mich gewissermaßen in einer entgegengesetzten Lage; ich sehe das, woran ich mich von jeher mit der ganzen Kraft meiner Seele gekämpft habe, erfüllt oder nahezu erfüllt; die Freude wurde mir aber bitter dadurch vergällt, daß ich die Ehre meines Heimathlandes als die Befestigten sehen mußte.

Allein jenes Gefühl der Nichtbefriedigung hat noch einen tieferen Grund. Wir fühlen uns in einer zweipoligen Stellung. Wir fühlen uns einerseits als einen nicht großen Theil der deutschen Nation, andererseits als einen selbständigen Sonderstaat. Wir müssen uns sagen, wir gehören der großen deutschen Nation an und können nur in Verbindung mit ihr unsere höchste Aufgabe lösen. Nur eine feste politische Verbindung Gesamtd Deutschlands sichert unsere nationale Entwicklung und schafft Raum für die Uebung und Ausbildung der höchsten Kräfte des Mannes, die nur in einem großen Staatswesen sich entfalten können. Wir sind zugleich aber ein besonderer Staat; wir streuen uns dessen und wollen unsere Selbständigkeit und Eigentümlichkeit nicht preisgeben. Man hat viel über „die liebgewordenen Eigentümlichkeiten“ gesprochen, und ich fürwahr bin der Letzte, der längert, daß unter diesem Namen viel Jozf, viele philisterrhafte Beschränktheit mit unterlaufen ist. Wir haben aber doch unserer staatlichen Selbständigkeit auch viele gute Früchte zu verdanken und wir insbesondere in unserem badischen Lande dürfen mit gerechtem Stolz auf unsere Geschichte zurückblicken. Ich will nicht weiter in dieselbe zurückgreifen, nur an die Vorgänge der letzten Jahre will ich Sie erinnern. Gewiß die Erscheinungen, welche während des Kirchen- und Schulstreits hervortraten, waren nicht alle angenehm, im Gegentheil, wir hatten sehr traurige Auschwülfungen zu erleben. Aber in gewisser Beziehung blide ich doch mit Freude auf diesen geistigen Kampf; nur in kleineren Staaten können Kulturfragen mit solcher Hingebung, in solcher Alles durchdringenden Weise durchgefochten werden. Ein großer Staat kann darauf nicht die gleiche Kraft und Aufmerksamkeit verwenden.

Wir befinden uns also in einer doppelten Stellung, als Glied einer großen Nation, das nicht allein für sich bestehen kann, und auf der anderen Seite als ein besonderer Staat, der sich erhalten will, der das Recht und die Pflicht hat, seine Selbständigkeit und Würde zu behaupten. Wir müssen deshalb nach einem Punkte streben, in welchem diese verschiedenen Beziehungen nicht mehr unbefriedigt einander bekämpfen, sondern sich versöhnen. Dieses Ziel kann nur in dem deutschen Bundesstaat gefunden werden. Es läßt sich freilich darüber streiten, ob die unter den gegebenen Verhältnissen einzig mögliche Gestaltung Gesamtd Deutschlands unter preussischer Führung unter der theoretischen Begriff des Bundesstaates passe. Wir können aber die Lösung dieser Frage späteren Theoretikern und der Wissenschaft überlassen. So viel steht jedenfalls fest, wir müssen, wie man auch diesen staatlichen Organismus nennen mag, nach seiner engen organischen Verbindung mit den übrigen deutschen Stämmen unter preussischer Führung streben, und dabei zugleich darnach trachten, daß wir eine relative Selbständigkeit, so weit sie mit dem Bestand des Ganzen verträglich ist, für uns behalten. Das ist ein Recht, das wir kraft unserer Geschichte, auf die wir mit Stolz zurückblicken können, besitzen, und damit thun wir auch zugleich der ganzen Nation einen Dienst. Der sähre Sprung zum strengen Einheitsstaat widerspricht den Anschauungen und den Bedürfnissen unseres Volkes.

Ueber diesen Punkt, daß wir die Aufnahme in den deutschen Bundesstaat zu erstreben haben, besteht allseitige Uebereinstimmung; nur in einer Beziehung wurde gegen die Kommissionsanträge Anstand erhoben, nämlich hinsichtlich Ziffer II. a., b., welche dahin gehen, die große Regierung möge ein Schutz- und Trugbündnis Badens mit Preußen abzuschließen versuchen und die zur Wirksamkeit eines solchen Bündnisses und für den Schutz Deutschlands und Badens nöthigen militärischen Verabredungen und Verträge mit Preußen einleiten. Ich glaube in gewissem Sinne ist die große Regierung bereits über diesen Antrag hinausgegangen. In dem Momente, in dem wir, durch das Vertrauen unseres Fürsten berufen, in das Amt traten, stand es für uns unüberbrücklich fest, daß Baden nie und nimmermehr und unter keiner Bedingung auf einer andern, als der deutschen Seite stehen dürfe. Durch diesen Entschluß ist für uns ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen, das ja immer nur im Falle eines Krieges praktisch werden kann, gewissermaßen erstet. Wenn heute ein Krieg gegen Osn oder Westeu zu führen ist, so wird er uns, auf jede Gefahr hin, auf der Seite Preußens und damit Deutschlands finden.

Die heiligste nationale Pflicht drängt uns auf diese Seite. Es ist von einem der Herren Redner darauf aufmerksam gemacht worden,

daß dann unsere Situation eine sehr gefährliche werden könne. Das ist richtig; wenn in solchem Falle Bayern u. Württemberg, durch irgend welche Motive bewogen, auf der andern Seite stehen sollten, so ist unser Land schwerer Bedrängnis Preis gegeben. Wenn wir aber in solchem, hoffentlich nie eintretenden Falle, noch an der Spitze der Geschäfte stehen, so werden wir dennoch mit dem besten Gewissen dem Lande die schwersten Opfer zumuthen, denn diese Opfer muß jedes Volk bringen, das sich selbst achtet und in der Welt geachtet seyn will. Ich glaube übrigens, eine solche Politik wäre dann für Baden nicht nur die ehrenhafteste, sondern auch die richtigste, denn wenn noch einmal die Kriegesurie entbrennt, wenn Frankreich noch einmal, vielleicht im Bunde mit Oesterreich, einen Kampf gegen Preußen aufnehmen sollte, um die nationale Einigung Deutschlands zu hindern, dann wird, wenn wir auf der Seite der Feinde Deutschlands stehen, Baden, es sege, wer da wolle, aufhören zu existiren. Das strengste Preußen würde mit Recht den innern Feind für immer unschädlich machen; würde aber der Sieg den Feinden Deutschlands zu Theil, so würden sie, um den mächtvollen deutschen Nationalstaat für immer unmöglich zu machen, im Süden Deutschlands einen möglichst großen Einheitsstaat, einen Verbündeten für Frankreich u. Oesterreich, herstellen in dieser antinationalen Schöpfung fielen wir dann zum Opfer. Wenn wir aber mit männlichem Muth thun, was unsere nationale Pflicht uns gebietet, dann wird Preußen, das hat die Erfahrung dieses Sommers bewährt, dem treuen Freunde die Treue bewahren; es wird uns keine andern, als die für das Ganze notwendigen Opfer ansinnen, und unsere innere Selbständigkeit achten. Wir müssen auf alle und jede Gefahr hin zur nationalen Sache stehen; mir ist aber für den Sieg nicht bange; ein Staat, in welchem eine solche Fülle gesunder Volkskraft wie in Preußen sich entwickelt hat, ist noch lange nicht am Ende seiner Laufbahn.

Ich kann deshalb nur die Anträge der Kommission in allen Punkten zur Annahme empfehlen. Unser richtig verstandenes Interesse nicht minder wie die nationale Pflicht nöthigen uns, im Falle des Krieges mit Preußen und Deutschland zu gehen, mag vorher ein formelles Schutz- und Trugbündnis abgeschlossen seyn oder nicht.

Zum Schluß nur einige Worte über die innere Politik. Ich kann den geehrten Herrn Redner, der diese Frage anregte, verabschieden, ich glaube, es ist im Lande schwerlich Jemand, der lebhafter den Wunsch hegt, das Einkommen der Lehrer so reich und so bedeutend wie möglich zu erhöhen, als ich. Unmögliches kann ich aber nicht möglich machen; der Stand der Staatskasse macht die früher projektierte Erhöhung im Augenblick unmöglich. Die Regierung wird aber, wie ich schon in dem andern Hause mitgetheilt die Ehre hatte, schon für das Jahr 1867 den am schlechtesten gestellten Lehrern eine Aufbesserung aus der Staatskasse zuwenden, so weit die Mittel reichen. Uebrigens scheint mir noch ein Mißverständnis des verehrten Herrn Redners obzuwalten. Es handelt sich nämlich nicht bloß darum, für das nächste Jahr etwas zu geben, sondern nach dem früher vorgelegten Gesetzentwurf sollte dauernd ein sehr bedeutender Mehraufwand auf die Staatskasse übernommen werden. In dem Augenblick aber, wo das laufende Budget sich um eine halbe Million durch Verzinsung der Kriegsschulden erhöht hat, können wir nicht auf unbestimmte Zeit hinaus noch eine weitere vierel Million auf das Staatsbudget übernehmen. Erst wenn das neue Budget bearbeitet ist, wird es sich zeigen, ob der ganze projektierte Mehraufwand oder wie viel von demselben auf die Staatskasse übernommen werden kann, oder wie viel davon auf die Gemeinden zu fallen hat.

Herr Geh. Kirchenrath Nothe: Durchlauchtigster Herr Präsident, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich habe mich nur deshalb erhoben, damit, wenn ich den Anträgen der Kommission zustimme, kein Zweifel darüber bestehen möge, in welchem Sinne ich es thue. Ich habe geglaubt, es würden heute keine retropektiven Betrachtungen stattfinden, und in diesem Falle würde ich mich des Wortes ganz enthalten haben. Da aber solche Betrachtungen doch nicht ganz zu umgehen wären, kann ich mich nicht enthalten, meine Abstimmung mit einigen Worten zu erläutern.

Ich habe im Schooße der Kommission zu den von ihr gestellten Anträgen meine volle Zustimmung gegeben, weil ich fest überzeugt bin, daß diejenigen Maßnahmen vorschlägt, die im gegenwärtigen Augenblicke geboten sind, im Interesse gleich sehr unseres engeren badischen Vaterlandes und des großen deutschen. Namentlich kann ich nicht umhin, auf das von der Kommission gewünschte Schutz- und Trugbündnis mit Preußen ein großes Gewicht zu legen. Und zwar um so mehr, da ich von der Voraussetzung ausgehe, daß es bis zur Aufnahme Badens in den Nordbund noch eine schöne Weile Zeit haben wird. Darüber, bünkt mich, werden wir uns nicht wohl täuschen können; ich für mein Theil sehe aber diesen Umstand auch nicht gerade als einen beklagenswerthen an. Denn auf der einen Seite lege ich einen Werth darauf, daß wir Zeit behalten, den Ausbau unserer inneren Staatsverhältnisse weiter zu führen, und auf der andern Seite halte ich es für eine gar nicht ungünstige Lage, wenn wir zunächst zusehen können, wie der Nordbund sich gestaltet, was ja doch zur Zeit noch ganz im Unklaren liegt, und ihn sich erst in sich konsolidiren lassen können, was keine ganz leichte Sache seyn wird. Wenn ich mich nun aber so darauf gefaßt mache, daß wir noch eine Zeit lang draußen stehen werden außerhalb des von Preußen gegründeten neuen Bundes, so muß ich mir freilich sagen, daß wir für die Dauer einer solchen uns wenig erwünschten, vollen Selbständigkeit schlechterdings eines Schutzes nach Außen bedürfen. Und diesen können wir nirgends sonst finden, als in der Ansehung an Preußen. Ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen erscheint daher auch mir als ein dringendes Bedürfnis des gegenwärtigen Augenblicks. Und wenn ich so den Antrag II. a. auf's Lebhafteste Ihnen empfehlen muß, so nicht minder auch den Antrag unter II. b., der mit jenem untrennlich zusammenhängt. Unter allen Umständen dünkt es mich wünschenswerth, daß unsere militärischen Einrichtungen mit den preussischen, die sich eben erst so glänzend bewährt haben, in Einklang gebracht werden, und daß schon jetzt eine Eingliederung unseres badischen Truppenkörpers in die preussische Armee angebahnt werde.

Diesem Allem zufolge wiederhole ich, daß ich dem Kommissionsantrage in seiner ganzen Ausdehnung mit aller Entschiedenheit zustimme. Ich thue es, weil ich mich auf den Boden der gegebenen Thatsachen stelle, wie jeder verständige Mann es muß, und mich frage, wie von ihm aus die Entschlüsse zu fassen sind, ohne mich durch persönliche Reizungen und Wünsche beeinflussen zu lassen. Aber daneben will ich nun auch nicht verhehlen, damit kein

falscher Schein entstehe, daß ich dies mein Votum allerdings nicht in derselben freudigen und zuversichtlichen Stimmung abgebe, wie die große Mehrheit dieses hohen Hauses. Erlauben Sie mir denn, darüber einige Worte hinzuzufügen.

Es ist meine volle und feste Ueberzeugung, daß die überwältigenden Ereignisse des letzten Sommers unser deutsches Volk um einen großen Schritt vorwärts gebracht haben auf der ihm vorgezeichneten Bahn. Sie haben die Vorfrage zu einer definitiven Entscheidung gebracht, die zuvor erledigt seyn mußte, ehe die eigentliche deutsche Frage selbst, die Frage nach der nationalen Gestaltung Deutschlands, mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden konnte. Es war dies die Nachfrage zwischen Oesterreich und Preußen in Deutschland. Ihre Entscheidung ist nunmehr durch die Waffen erfolgt, wie allgemein eingeräumt wird, auf unanfechtbare Weise, und sie ist so erfolgt, wie sie meines Erachtens letztlich schlechterdings erfolgen mußte. Denn ich habe es allezeit für eine Unmöglichkeit gehalten, daß ein anderer Staat als der preussische auf bleibende Weise werde an der Spitze des deutschen Volkes gehen können. Aber so ehrlich ich mich auch dessen freue, daß die Würfel so gefallen sind, so muß ich doch hinzusetzen: an der Art und Weise, wie dieser große Erfolg herbeigeführt worden ist, kann ich kein reines Wohlgefallen haben, Manches bei ihr thut meinem moralischen Gefühl Dinge zurück, die mir nicht gefallen haben, und zwar auf allen Seiten, nicht auf der einen allein. Sie werden es mir als einem Theologen zu gut halten, wenn ich dies offen herauslage. Ich weiß sehr wohl, daß der moralische Gesichtspunkt nicht der einzige ist, aus dem große weltgeschichtliche Ereignisse beurtheilt seyn wollen; allein dadurch, daß hier noch ein anderer neben ihm berechtigt ist, verliert er doch ihnen gegenüber nicht überhaupt seine Geltung. Auch der Staatsmann wird wohl daran thun, wenn er ihn nicht aus dem Auge verliert oder gering anschlägt; denn von dem moralisch Tadelhaften an der Politik bleiben auch in dem Staatsleben selbst die schlimmsten Folgen nicht aus, sie machen sich vielmehr in Störungen u. Trübungen, in Hemmungen u. Störungen desselben fühlbar genug. Wessen moralisches Gefühl nun so von den Ereignissen unserer nächsten Vergangenheit keinen befriedigenden Eindruck empfängt, der kann dann freilich auch nicht mit rechter Zuversicht auf die Entwicklungen hinausblicken, die zunächst in ihrem Gefolge gehen werden. Lassen Sie mich dem noch ein offenes Geständnis hinzufügen. Ich bin auch einer von denen gewesen, die für die Einheit unseres Volkes geschwärmt haben. Ich sage: „geschwärmt haben“; denn die Ereignisse dieses Sommers haben mich darüber belehrt, daß diejenige deutsche Einheit, der meine Liebe galt, ein Traum war. Daß sie ein Traum war, darüber mache ich mir durchaus keine Täuschung, und ich gebe dabei keinem Anderen die Schuld, als mir selbst; daß ich ihn mit Vielen getheilt habe, ist nur ein lediger Trost. Die deutsche Einheit, die ich erhoffte, war ein Bundesstaat, ein wirklicher, ein eigentlicher Bundesstaat, mit Preußen an seiner Spitze. Ob ein solches Deutschland früher eine Möglichkeit gewesen ist, ich weiß es nicht; das aber weiß ich, daß es jetzt ein Traum ist. Bei der Wendung, welche die Ereignisse vor wenigen Monaten genommen haben, kann auch, wer kein Prophet ist, sicher vorauserkennen, daß wir nicht einem Bundesstaat entgegengehen, sondern dem Einheitsstaat. Das wird ja gewiß auch das Richtige seyn, das, was unserm Volk noth thut. Denn der, welcher die Geschichte der Völker lenkt, hat es so gefügt, und ich bin nicht thöricht genug, zu wähnen, daß ich es besser verstehe, als er. Ihm gegenüber gebe ich mich mit Freuden gefangen und gestehe aufrichtig ein, daß ich einem Schatten nachgejagt habe. Darum schäme ich mich aber doch nicht, geträumt zu haben, denn der Traum war ein schöner, und gewiß würde in diesem hohen Hause außer mir noch Mancher die Erfüllung desselben freudig begrüßen, wenn sie möglich wäre. Das ist sie aber, ich wiederhole es, jetzt sicher nicht. Nur wird man es Dem, der so geträumt hat, wohl billig nachsehen, wenn er nicht sofort in den Jubel über die Dinge, die da gekommen sind, einstimmen kann; wenn der Gedanke, daß er einmal aufgehört hätte, ein Badener zu seyn, seines Deutschtums unbeschadet, ihn mit Wehmuth erfüllt, und wenn die nächste Zukunft Deutschlands ihm nicht im Rosenroth erscheint, sondern als eine Zeit ersterer Kämpfe und gewaltiger Gährung, ja wenn er von dem neuen preussischen Bunde zunächst nicht erwartet, daß er ein Hort der politischen Freiheit seyn werde gegenüber von der Gewalt. Von diesen Anschauungen aus kann ich es nicht als eine Kalamität betrachten, wenn wir Badener vorerst noch draußen stehen bleiben außer dem norddeutschen Bunde, wenn wir vorerst noch Badener bleiben, vorerst noch ungeschmälert fortbestehen und fortentzehen können, was wir haben, so manches politische Gut, um das andere deutsche Stämme uns beneiden und das wir wesentlich dem erleuchteten und milden Regimente unseres erleuchteten Fürstenhauses verdanken. Ich für meine Person lege auf diese Güter einen hohen Werth, und möchte nicht, daß sie um der nationalen Einheit willen verloren gingen, nicht nur uns, sondern auch unserm ganzen deutschen Volk. Deshalb bitte ich aber auch die große Staatsregierung auf das Wärmste, daß sie sich durch die großen Weltereignisse der Gegenwart nicht von der fortwährenden Pflege dieser einheimischen Güter wolle ablenken lassen, daß sie mit alter Liebe fortarbeiten wolle an dem Ausbau unserer inneren freiheitlichen Institutionen, gleich als ob ein preussisch-deutscher Einheitsstaat noch gar nicht in Aussicht stände. Ich habe vorhin die Erklärungen der großen Regierung über diesen Punkt mit aufrichtiger Freude vernommen. Namentlich auch die auf die Schulfrage bezüglichen. Sie ist in gewissem Sinne auch eine deutsche Frage, und mehr noch als dies. Nicht nur das Interesse einer verdienstvollen Klasse unserer Staatsbürger, des Lehrstandes, macht ihre Lösung für Baden in hohem Maße dringlich, sondern sie ist auch in der That, wie der verehrte Herr Präsident des Ministeriums des Innern sie genannt hat, eine tiefgreifende Kulturfrage, und eben darum ist es für unser Land so wichtig, daß sie möglichst bald zu einer klaren und definitiven Entscheidung gelange. Benutzen wir so die Zeit, in der wir nach außen hin isolirt dastehen, zur desto rüstigeren Arbeit nach innen, so wird es uns nicht zum Schaden gereichen, wenn unser organischer Anschluß an den großen deutschen Staatenkörper, der sich um Preußen zusammengeschlossen hat, sich vielleicht länger verzögern sollte, als es unsern Wünschen entspricht.

Herr Frhr. v. Soler: Ich sprach vorhin den Wunsch aus, das hohe Haus möge seine Erwartung dahin aussprechen, daß ein Schutz- und Trugbündnis und eine Militärkonvention mit

dem norddeutschen Bund von Baden nicht einseitig abgeschlossen werde. Diesem wurde verschiedenes entgegengehalten. Zunächst wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ich mich einer gewissen Inkonsequenz schuldig mache, indem ich auf der einen Seite das Zustandekommen eines süddeutschen Bundes verwerfe und auf der andern Seite ein gemeinsames Handeln mit den süddeutschen Staaten wünsche. Ich glaube, daß ein großer Unterschied darin liegt. Es können zwei Staaten in vielen Fragen feindselig sich gegenübersehen, und wieder in andern Fragen gemeinschaftlich miteinander handeln. Wir haben dieses am besten gerade an Preußen. Ferner wurde ich daran gemahnt, daß ich leicht den Schein auf mich laden könnte, als ob ich zu einer Partei gehöre, die an geeigneten Tagen sich mit der Umsturzpartei vereinige. Wenn ich ein Reaktionsär wäre, so würde ich rathen, sich Preußen anzuschließen, weil dort die Reaktionspartei am Ruder ist. Es wurde mir sodann gesagt, meine Befürchtungen wegen Bloßstellung Badens hätten deshalb keinen Grund, weil Bayern und Württemberg im Kriegsfall doch auch auf der deutschen Seite ständen. Eben weil ich dieses glaube, hätte ich gewünscht, daß diese Erwartung auch hier ausgesprochen werde.

Präsident: Ich stelle die Frage an den Herrn Redner, ob dies nur eine Meinungsäußerung ist und kein Antrag gestellt wird?

Hr. Frhr. v. Göler: Wie ich schon vorhin erklärt habe, will ich von der Stellung eines Minoritätsantrags Abstand nehmen.

Herr Dammig: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Die Frage, welche Frhr. v. Göler in der Kammer wieder zur Sprache gebracht hat, hat auch die Kommission vorzüglich längere Zeit in Erörterung genommen. Frhr. v. Göler hat schon damals seine Bedenken geltend gemacht und auf die Gefahr hingewiesen, die ein einseitiger Anschluß Badens an den norddeutschen Bund zur Folge haben könnte. Es wurde ihm damals mit Recht entgegengehalten, daß man diese Frage vor Allem doch von höherem nationalen Standpunkt, von dem Standpunkt der moralischen Verpflichtung für das gemeinsame deutsche Vaterland betrachten müsse. Auch wurde ihm entgegengehalten, und dieser Punkt scheint mir von Hrn. Dr. Bertheau, der gleichfalls Mitglied der Kommission war, in seiner Entgegnung nicht genügend hervorgehoben zu seyn, daß diese Gefahr für das Großherzogthum Baden doch nur eine scheinbare ist, nicht in dem Sinn, daß sie nicht vorhanden sey, sondern in dem Sinn, daß sie auch durch die Nichtanschließung an Preußen nicht vermieden werden kann. Wenn wir nicht im Voraus schon in eine Verbindung mit Preußen treten, so werden wir dies doch bei Ausbruch eines Krieges unfehlbar thun, denn es wird Baden selbst unmöglich seyn, die Neutralität zu bewahren. Es wird an Baden die Aufforderung ergehen, sich für die eine oder andere Seite zu erklären, oder aber man wird es ohne diese Aufforderung nöthigen, mit der Partei zu gehen, die das Land zunächst überzieht. Eine neutrale Stellung wird Baden nicht beobachten oder durchführen können; es wird also Baden all den Gefahren ausgesetzt seyn, wie wenn es von vornherein auf der Seite stände, wozu die Pflicht für das deutsche Vaterland ruft. Die Kommission war deshalb nicht in der Lage, darauf einzugehen, sich nach der Ansicht des Frhrn. v. Göler dahin auszusprechen, daß nur im Verein mit den süddeutschen Nachbarstaaten das Bündniß mit Preußen zu Stande komme; allein dessenungeachtet war auch sie von dem Wunsche befeelt, daß der Anschluß wo möglich im Einverständnis mit den süddeutschen Bundesstaaten geschehe und insbesondere, daß sämtliche süddeutschen Staaten dem norddeutschen Bunde beitreten möchten. Die Kommission betrachtete dadurch das höchste Ziel für erreicht, das zur Zeit von dem deutschen Patriotismus erstrebt werden kann.

Mag man auch, wie der Herr Vorredner, beklagen, daß ein Bundesstaat, wie er nicht nur von ihm, sondern von den meisten unter uns als das höchste Erstrebbare betrachtet wurde, nicht erreicht wird, so können wir uns doch nicht der Ueberzeugung verschließen, daß damit Das erreicht ist, was wir vor Allem erstreben müssen, nämlich die Einigung des deutschen Volkes, die Größe und Macht des deutschen Vaterlandes! Und deswegen, weil ich diese Ueberzeugung habe, kann ich nicht mit dem Herrn Vorredner übereinstimmen und beklagen, daß es gerade so gekommen ist. Es scheint, als ob es habe so kommen müssen. Waren doch alle Dingen, welche die deutsche Einheit in der Form des Herrn Vorredners anstreben, in den letzten 15 Jahren in der traurigen Lage, daß sie fast auf alle Hoffnung verzichten mußten, die Erfüllung dieser heiligen Wünsche je zu erleben, die uns nun plötzlich und unerwartet doch noch zu Theil werden wird.

Herr Frhr. v. Falkenstein: Ich werde mit den Anträgen nach dem Kommissionsberichte stimmen, da sie meinen Gesinnungen entsprechen. Die Gefahr, daß Baden unter den süddeutschen Staaten sich allein an den Nordbund anlehne, kann ich nicht für so groß erkennen, um so mehr, als ich mich erinnere, gelesen zu haben, daß Bayern lange vor uns auch ein Schutz- und Trugbündniß abgeschlossen hat.

Herr Oberst Keller: Die Frage, die hier vorliegt, ist schon so ausführlich erörtert worden, daß fast nichts Neues mehr beigefügt werden kann. Ich möchte nur noch sagen, daß ich besonders Gefahren darin nicht erkenne, daß der Abschluß einer Militärkonvention mit Preußen erfolgt, weil es undenkbar ist, daß die übrigen süddeutschen Staaten bei einem Angriff neutral bleiben können; jedenfalls ist eine moralische Verpflichtung dazu da. In Bayern und Württemberg hat man sich so entschieden darüber ausgesprochen, daß kein Zweifel in dieser Beziehung seyn kann. Ich wollte dabei noch anführen, daß ein weiterer Grund, der in Baden für einen Anschluß an Preußen spricht, durch die Verhältnisse der Festung Rastatt gebildet wird. Wenn wir auch in der Lage sind, mit unserm Kontingent die Besatzung dieser Festung zu stellen, so ist sie doch nicht in einem solchen Zustande, daß man mit Zuversicht einem Kriegereignisse entgegen sehen kann. Diese Festung konnte noch vor wenigen Jahren als eine vortheilhafte gelten, allein jetzt muß in Folge der neuen Einrichtung der Artillerie ein Ausbau derselben herbeigeführt werden, welchen Baden für sich allein nicht ausführen kann. Ein weiterer Grund ist der, daß bei der Ausscheidung des Bundesvertrages Österreich einen großen Theil von Material herausziehen wird und wir dafür nicht Ersatz leisten können. Im Uebrigen ist dieser Gegenstand schon so ausführlich erörtert, daß ich nur dem Antrage der verehrlichen Kommission in allen Theilen zustimmen kann.

Herr Geh. Rath Dr. Wunstschi: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Gestatten Sie mir, als Berichterstatter der Kommission, noch einige Bemerkungen zum Schluß: Vor Allem konstatire ich die Befriedigung, die ich darüber empfand, daß sämt-

liche Mitglieder, die sich in diesem hohen Hause ausgesprochen haben, in der Hauptsache einverstanden sind. Ich betrachte dies als ein sicheres Symptom des großen Fortschrittes, den die deutsche Nation im Lauf des Sommers gemacht hat. Vor dem Kriege herrschten in diesem Saale noch große Gegensätze in Bezug auf die Entwicklung Deutschlands, nach dem Kriege sind wir in der Hauptsache vollkommen einig. Alle Mitglieder haben sich für die Nothwendigkeit ausgesprochen, sich an den Norden, an Preußen anzuschließen, und nicht einen besondern süddeutschen Bund zu konstruiren. Wenn durch Rückblicke auch heute einige Gegensätze zu Tage getreten sind, so ist dies doch in einem milden, gemäßigten, sich selbst beherrschenden Tone geschehen, daß ich mich nicht veranlaßt finde, darauf näher einzugehen und ebenso von dem Standpunkt aus, den ich früher schon eingenommen hatte, auf den Gang der Ereignisse zurückzuschauen. — Nur zwei Dinge wollte ich mir erlauben, zu konstatiren, damit man nicht glaubt, wir anerkennen diese Einwendungen als begründet — wenigstens nicht in dem Maße, wie sie vielleicht andern Mitgliedern vorschweben.

Wenn der erste verehrte Herr Redner bemerkte, sein Rechtgefühl habe sich dagegen gestäubt, auf die Seite Preußens zu stehen, so erkenne ich eine gewisse Berechtigung dieses Gefühls an.

Unläugbar ist durch die Thaten dieses Sommers manches herkömmliche Recht gewaltsam durchbrochen oder zur Seite gesetzt worden; allein dies geschieht immer bei großen Umgestaltungen in dem Leben der Völker; und wenn diese formellen Rechte verletzt wurden nach der einen Seite hin, so muß man dabei auch bedenken, daß sie von der andern Seite auch sehr derb verletzt wurden. Jene Bundesbeschlüsse vom 14. Juni sind vom Standpunkte des Bundesrechts nimmermehr zu rechtfertigen; allein höher als dieses formelle Recht, steht hier das unverjährlichste, höchste und heiligste Recht der Völker, das Recht, zu existiren, und daher die Bedingungen ihrer eigenen Existenz festzustellen.

In derselben Weise erlaube ich mir, meinem verehrten Herrn Nachbar gegenüber, auch auf die moralische Seite hinzuweisen. Ich gebe vollkommen zu, daß vor diesem Kriege es mit der Kleinheit der Moral auf beiden Seiten nicht immer auf das Allerbeste bestellt war, und ein strenger Moralist viel zu tadeln hatte; allein dies war, so viel ich weiß, zu allen Zeiten, in dem wirklichen Leben der Völker und der Menschen überhaupt, der Fall. Wenn man aber gewissermaßen die Sittlichkeit, die Moral für die eine Seite vindicirt hat, so wird es dann denen, die auf der andern Seite waren, erlaubt seyn, zu sagen, die größte moralische Pflicht der deutschen Fürsten und der deutschen Staaten und ihrer Bürger war unter allen Umständen die, Dasjenige zu thun, was dem großen Gesamtvaterlande fromme und nicht selbstständig um ihrer Sonderrechte und Sonderneigungen willen die Grundbedingungen der allgemeinen Wohlfahrt zu verletzen. Diese höchste, zugleich moralische und politische Pflicht haben Die nicht beachtet, welche zum Kampfe wider Preußen sich verbündeten. Indessen, wie gesagt, lassen wir diese Dinge ruhen, die Geschichte hat schon zum Theile entschieden und sie wird noch mehr die Ansichten klären und das Urtheil berichtigten.

Die Hauptaufgabe der Politik ist nicht die, Rückblicke zu halten. Wenn der Politiker zurückschaut, thut er's immer nur in der doppelten Richtung: um Fehler zu vermeiden, die man früher machte und Zweitens um den Boden zu prüfen, auf dem man steht und zu bemessen, inwiefern weitere Fortschritte möglich seyen.

Die Hauptrichtung der Politik muß nach der Zukunft gehen und so haben wir auch in der Kommission vorzugsweise die gegenwärtige Lage im Hinblick auf die künftige Entwicklung in's Auge gefaßt, und damit allerdings eine politische Pflicht zu erfüllen gesucht. Es ist mir nicht allein, sondern auch Andern so vorgekommen, daß man bei uns, nachdem man große Ereignisse erlebt hatte, die schwer zu begreifen waren, weil sie in überraschender Form und in unerwarteter Weise erschienen sind, bald wieder in einen gewissen behaglichen Dufel zurückfiel. Dafür aber sind die Zeiten viel zu ernst angelegt, als daß wir uns diesem behaglichen politischen Dufel ergeben sollten, diesen Träumereien, an welchen allerdings die öffentliche Meinung bisher krank gewesen ist. Ich betrachte es als einen großen Fortschritt wiederum, daß eine Menge von Phrasen, mit denen man bei verschiedenen Gelegenheiten die Leute genährt und irre geführt hat, ihre Anzugskraft verloren haben, daß wir nun mit Gewalt genöthigt worden sind, die Dinge so zu nehmen, wie sie thatsächlich sind. Nur von diesem Standpunkt aus ist der politische Weg zu finden, den man zu gehen hat, und ich freue mich sehr darüber, daß es hier nicht zu der Frage gekommen ist, wie bekanntermaßen in der Ständekammer eines benachbarten Staates, ob man nämlich den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen habe, oder nicht.

Darüber sind wir hinaus, über dieses ABC der Politik, daß man unter allen Umständen den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen muß, wenn man auf den Namen eines Politikers Anspruch machen will.

Allein ernstlich ist die gegenwärtige Lage sehr, u. ich denke, daß es die Aufgabe unserer Verhandlungen auch ist, nicht bloß die thatsächlichen Zustände, sondern auch den nöthigen Ernst dem Volke klarer und in Folge dessen die Leute mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß ernste Lagen auch ernste Entschlüsse, und unter Umständen große Opfer verlangen. Obwohl wir nun zunächst Frieden haben, so können wir uns doch nicht ohne Weiteres in ein behagliches Friedensgefühl einwiegen lassen. Es ist zu Großes geschehen, als daß sofort die ohnehin noch gar nicht fertige Neubildung Deutschlands als völlig gesichert betrachtet werden könnte und es werden uns schwerlich weitere Sorgen und Kämpfe erspart werden. Wenn wir uns erinnern, und ich meine, daß diese Dinge vorzugsweise von der liberalen Partei viel zu wenig beachtet werden, wenn wir uns an die Weltstellung Deutschlands und dessen politischen Verhältnisse zu den übrigen Staaten Europas erinnern, so erscheint die Sache immer noch sehr gefährlich, und wir müssen für möglich erachten, daß die deutsche Nation, bevor sie dahin gelangt, eine feste, für Jahrhunderte gesicherte Existenz zu haben, vielleicht noch einmal für ihre Existenz kämpfen muß. Die deutsche Geschichte seit Jahrhunderten besteht einfach darin, daß die große deutsche Nation, im deutschen Reiche geeinigt, nach und nach heruntergekommen ist. Die andern Völker um Deutschland her waren während mehrerer Jahrhunderte daran gewöhnt, es als selbstverständlich anzusehen, daß sie stets Fortschritte machten, auch auf Kosten Deutschlands. Kein Staatsmann in anderen Ländern hat sich dies anders gedacht. Sie betrachteten das deutsche Reich schon lange nicht mehr als eine politische Macht, sondern als eine unpolitische Masse, aus der man unbedenklich Stücke wegnehmen über die man beliebig verfügen konnte. Seit einem Jahrhundert

etwa ist es allmählig an einer einzelnen Stelle in Deutschland anders geworden. Seit 1740 beginnt allmählig ein Anfang ganz kleiner Staat aus Deutschland herauszuwachsen, in dem eine frische Lebenskraft ist, ein Staat, dessen ganze Existenz und Geschichte im Widerspruch ist mit dem Recht und dem Geist des Mittelalters und seiner Zerfaltungen; allmählig Schritt für Schritt wächst dieser Staat heran, nicht ohne Gewaltthat, nicht ohne Krieg; allein immer deutlicher wurde es, daß das Schicksal eines neuen deutschen Staates, eines deutschen Reiches, wenn dieses überhaupt zu Stande kommen soll, an das Wachstum dieses Staates gebunden sey; und in diesem Sommer haben wir eine neue Phase dieser Entwicklung in großartiger Weise vor unsern Augen sich vollziehen sehen.

Es ist schwer, die Menschen dieses verstehen zu lehren. Ich habe aber die vollkommene Ueberzeugung, daß diese Entwicklung nicht das willkürliche Werk der Klugheit oder der Weisheit und der Thatkraft einzelner Menschen ist, sondern daß an derselben das Schicksal einer großen Nation hat, daß darin ein großes Werk der Vorsehung zu erkennen ist. Das ist das große neue Wachstum, das der deutschen Nation noch vorbehalten worden ist. Entweder geht die deutsche Nation hinein in diese große Bewegung, oder sie ist verloren gegenüber den andern Völkern. Sie hat nur die Wahl zwischen dieser Umbildung oder ihrem Untergang. Es ist keine Kleinigkeit, und ungern nur lassen sich die andern Völker es gefallen, daß mitten in Europa ein großes deutsches Reich wieder erstehet. Hätten wir dieses gemacht in Form einer Nationalversammlung — ich habe die Ueberzeugung — wir wären sofort in einen Weltkampf verwickelt worden mit Frankreich und Rußland, mit aller Welt. Es ist ein großes Glück, daß wir so weit gekommen sind ohne einen großen europäischen Krieg; allein wir müssen uns sagen, möglich ist es immer noch, daß die Dinge sich noch einmal ernstlich verwickeln. Wenn ich nun auf die Verhältnisse blicke, wie sie gegenwärtig daliegen, ohne weitere retrospektive Politik zu machen, so kann ich nicht verhehlen: manche Symptome deuten darauf hin, daß man sich in Oesterreich mit dem Frieden nicht recht beunruhigt hat, manche Symptome deuten darauf hin, daß man in der Wiener Hofburg den Gedanken an einen neuen Krieg unter vielleicht günstigeren Umständen nicht aufgegeben hat. Ich finde diesen Gedanken der Erneuerung des Krieges nicht unbegründet oder unnatürlich, obgleich ich denselben für höchst unpolitisch halte. — Es wird dem Hause Habsburg in Erinnerung an seine Geschichte etwas schwer, sich daran zu gewöhnen, daß es in Deutschland nichts mehr zu sagen habe. Dazu kommen noch manche andere Dinge. Trotz manchen Reizungen von Oesterreich ist es doch sehr gehorcht worden bei dem Frieden von Nikolsburg, mehr als die süddeutschen Staaten, die zum Theil nur gezwungen, am Kriege Theil nahmen. Aber es läßt sich nicht läugnen, daß trotz der Schonung im Frieden in dem ganzen Kriege etwas lag, was nicht ganz aus dem Dunkel herausgetreten ist, nämlich eine sehr ernste Drohung gegen die Fortdauer der ganzen österreichischen Monarchie. Diese Gefahr wird wieder kommen, denn sie liegt in den Verhältnissen. Nicht bloß der verwundete Stolz, auch die Furcht vor weiterem Auseinanderfallen, vor weiterer Zerstörung, kann zu verweifelten Entschlüssen führen. Für sich allein ist allerdings nach meiner Anschauung ein derartiger Kampf für Preußen, resp. Deutschland nicht sehr zu fürchten. Allein die Sache kann ernsthafter werden wegen der möglichen Kombinationen und Allianzen, und offenbar darauf wird spekulirt. Da läßt sich nun einmal nicht verkennen, die franz. Nation hat den Ehrgeiz, wie sie von sich sagt, an der Spitze der Zivilisation zu marschiren, und es ist ihr unangenehm, jetzt den Rivalen eines Staats neben sich zu sehen, der auch etwas beim Marsch für die Zivilisation bedeuten will. Dem Kaiser Napoleon, der weiter sieht als die meisten, ist es im entscheidenden Momente noch geblüht, der Versuchung zu widerstehen, und er hat die krankhaften Empfindungen jenes Ehrgeizes entschieden desavouirt. Die beiden Nationen, die deutsche und die französische, sind nun einmal so stark, daß sie einander auf die Dauer nichts abgewinnen können; denn immer wachsen ihre Kräfte wieder heran. Die beiden Nationen werden daher, wenn sie halbwegs verständig sind, den Gedanken erfassen, daß sie berufen sind, eher mit einander zu gehen, als wider einander; sie können so viel mehr gewinnen, an materieller und geistiger Wohlfahrt, als wenn sie sich thörichter Weise verwunden und zerfleischen. Im ersten Falle verlieren sie nichts, im letztern verlieren alle Beide. An die sogenannte Erbfeindschaft zwischen Deutschen und Franzosen glaube ich durchaus nicht. Nichts ist barbarischer und unmenschlicher, als das Wort „Erbfeind“. Die Thiere haben Erbfeinde, die Menschen keine. Immerhin stehen aber verschiedene Strömungen auch innerhalb der französischen Nation einander entgegen. Ich hoffe, daß die friedliche den Sieg erhalte, und ich denke, daß die nächste Industrieausstellung Gelegenheit geben werde, diese Richtung zu verstärken. Der französische Ehrgeiz, der zur Zeit etwas verwundet ist, wird, so weit er berechtigt ist, da die beste Gelegenheit erhalten, sich hervorzuheben und neue friedliche Triumphe zu feiern. Allein sicher ist unsere Nation nur, wenn sie die Kraft hat, auch die Gefahren zu bestehen, welche ein Sieg der kriegerischen Strömung mit sich führt und es liegen, so sehr wir den Frieden lieben, Gründe genug für uns vor, uns vorzubereiten, damit wir dem Krieg gewachsen sind, wenn er unvermeidlich erscheint.

Noch einen dritten Punkt, der geeignet ist, den höchsten Ernst der Lage zu verdeutlichen, finde ich in Folgendem: In dem ganzen letzten Kriege schon habe ich immer als die gefährlichste Seite und in gewisser Beziehung als das mächtigste geistige Triebrad betrachtet die ultramontane Richtung in der Welt. Es besteht nun einmal eine große Verbindung in dieser Hinsicht. Man hat im Jahr 1815 einen ungeheureren Fehler gemacht, als man zugleich mit dem Papstthum auch den Jesuitenorden restaurirte. Man hat damals geglaubt, es habe diese Richtung im 19. Jahrhundert nichts mehr zu bedeuten; man hat sie, weil sie allerdings nicht so gemäßig war, viel zu sehr als machtlos verachtet. Das ist nicht so. Von diesem dunkeln Punkte aus gehen eine Menge von Fäden und Intrigen durch alle europäischen Höfe und diese Richtung, deren Ideal die absolute Hierarchie ist, die von Rom aus alle Welt beherrscht, findet zahlreiche Anhänger an den Höfen und in den Ministerien, bei den einflussreichsten Personen auf der Welt. Diese hierarchische Partei fühlt sich seit dem letzten Kriege mehr bedroht, als je zuvor. Dies ist eine gefährliche Sache und wenn der gegenwärtige Kaiser der Franzosen viel zu geschäftig um sich in ihren Nezen zu verstricken, seine Lust hat, sich diese Intrigen hinzugeben, wer weiß, ob nicht nach seinem Tode nicht mehr sehr fern der Tod der Regentin, der Kaiserin, nicht so zugänglich ist für die Betretung einer detartigen Politik, und

und Wien mit großem Eifer im Stillen gepflogen werden. Wir könnten wohl überrascht werden, wenn wir diese Gefahr nicht beachten würden und eben der Ueberraschung wollen wir uns nicht aussetzen. Man muß deshalb in Deutschland heute schon wissen, an wen man sich zu halten hat, wenn es vielleicht in nicht langer Zeit wieder zu einem Kriege kommt. Es freut mich, daß in diesem Hause auch darüber keine Differenzen sich gezeigt haben; alle Herren Redner sind zuletzt doch der Meinung gewesen, gegenüber allen fremden Völkern müsse man zusammenstehen und zwar unter preussischer Führung. Das ist es, was wir deutlich aussprechen wollen, damit Jedermann im Lande und außer dem Lande es wisse: den nächsten Krieg werden wir als Bundesgenossen Preußens kämpfen.

Der ganze Unterschied, der in diesem Hause zu Tage getreten ist, ist nur der: Einige der Herren sagen, der Anschluß an Preußen solle im Einverständnis mit den andern süddeutschen Staaten geschehen. Ich lege keinen großen Werth auf diese Differenz; in der Hauptsache kommen wir doch auf das Nämliche hinaus; ich glaube, man kann jetzt schon sagen, daß die Regierungen der süddeutschen Staaten jetzt schon für den künftigen Kriegsfall die Nothwendigkeit eines Bündnisses mit Preußen begriffen haben und anerkennen. Damit ist aber die Sache fertig. Warum sollen wir dies nicht etwas deutlicher sagen, als es bisher geschehen ist? Also der Hauptunterschied liegt am Ende nur in der Form und da meine ich, dürfte ein Blick auf die Vergangenheit zeigen, wie nützlich es unter Umständen ist, wenn man direkt auf das Ziel los geht. Baden hat Deutschland einen Dienst geleistet, als es sich unumwunden für den deutsch-französischen Handelsvertrag erklärte. Alle die Bedenken sind damals auch erschienen, die man jetzt hat. Man sagte auch damals, wir sollen uns nur in Verbindung mit den süddeutschen Staaten für den Beitritt erklären, aber Baden ging damals für sich allein vorwärts, wohl wissend, daß das Warten auf die andern süddeutschen Staaten zu nichts helfe. Als dieser Schritt gethan war, da war die Geschichte auch für Württemberg und Bayern fertig. Indem Baden dasselbe jetzt wieder thut, wird der gemeinsame Anschluß des Südens augenscheinlich nur gefördert. Das Gefahren mit jedem Bunde bestehen, auch mit dem von Preußen, ist natürlich, allein es ist bereits von andern Mitgliedern bewiesen worden, daß die Gefahren für das Land genau dieselben sind gegenüber von fremden Einmärschen und Kontributionen, wenn wir ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen haben oder wenn wir es nicht haben. Allein die Hauptsache ist immer der Friedensschluß und nicht der Krieg; und in dieser Hinsicht ist der Unterschied, ob wir mit Preußen verbündet sind oder nicht, ungeheuer groß.

Man kann sehr viel aushalten während des Krieges, wenn man weiß, daß man beim Friedensschluß gehörig beachtet wird.

Ein Bündnis mit Preußen gibt uns für den Friedensschluß die wichtigsten Garantien, daß dabei unsere Interessen gewahrt bleiben. Wenn wir dagegen nicht durch Preußen geschützt werden, weil wir nicht im Bunde sind mit Preußen, dann sind wir bei dem Friedensschluß jedenfalls verloren.

Mögen die Einen oder Andern sagen, in beiden Fällen disponirt man über unsern Staat, der bei dem Friedensschluß keine souveräne Rolle spielen kann, und dann keinen Freund hat; in beiden Fällen ist er verloren. Ich gebe nun zu, daß durch einige Vorgänge in dem letzten Kriege gewisse Befürchtungen nahe gebracht worden sind; ich denke dabei an die Kontributionen, an die ein hochgeehrtes Mitglied ernt hat; das ist allerdings sehr bedenklich. Auch im Hinblick auf das Völkerecht ist Einiges geschehen, was sich schwerlich rechtfertigen läßt und als ein Fehler bei der letzten Kriegsführung bezeichnet werden muß.

Kontributionen, die nothwendig sind zur Erhaltung einer Armee, sind immer erlaubt gewesen; dies wird immer so seyn, dieser Kriegsfolge kann sich kein Land entziehen und man kann Niemand deshalb einen Vorwurf machen. Kontributionen dagegen im weiteren Sinne und darüber hinaus sind allerdings aber völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen. Indessen ist meines Wissens nur ein einziges solches Beispiel vorgekommen, das ist die Frankfurter auferlegte Kontribution, und da liegen doch ganz eigenthümliche Verhältnisse vor und schließlich hat sich gezeigt, daß die ganze erhobene Kontribution am Ende zum Heil der Stadt verwendet wird. So gefährlich als sie deshalb auf den ersten Blick aussteht, ist auch diese Sache nicht. Ich hätte allerdings gewünscht, daß kein solches Beispiel gegeben würde, das vielleicht auf der andern Seite bedenkliche Folgen hat. Allein ich meine, die öffentliche Meinung habe sich so entschieden gegen weitere Kontributionen erklärt und Preußen habe durch spätere Korrektur der einen Kontribution diesem Rechtsgefühl soweit nachge-

keine andern Kontributionen billigt, als die unentbehrlich sind zum Unterhalt der Armee, keine Kontributionen über die wirkliche Noth hinaus, schließlich eher eine neue Bekräftigung, als eine nachwirkende Verletzung erfahren hat.

Man hat ferner eine zweite Gefahr bei diesem Bunde mit Preußen betont. Man sagt, für die Einheit habe man gesorgt, allein mit der Freiheit sehe es sehr bedenklich aus. Einige Besorgnisse in dieser Hinsicht gebe ich als begründet zu; diese liegen aber in der Natur der Sache. Vor einigen Mißverständnissen möchte ich aber voraus warnen. Es war von jeher ein Charakterzug des politischen deutschen Wesens, daß man unter der Freiheit häufig nichts Anderes verstanden hat, als eine staatliche Unbotmäßigkeit.

Das ist ein uralter Charakterzug, der schon in der ältesten deutschen Geschichte von Armin zu Tage getreten ist; eben weil die Deutschen keine energische und einheitliche Leitung haben wollten, sind sie wieder unter die Herrschaft der Römer gekommen. Es ist dies etwas Analoges mit der Freiheit der Polen. Wenn man die Freiheit so versteht, daß man keine energische Autorität im Staate haben will, so wird ein solches Volk seine Freiheit nicht erhalten, es wird beherrscht von staatlicheren Völkern. Ein solches Freiheitsgefühl leitet einfach zur Knechtschaft hin unter andere mächtigere, weil besser geordnete Völker. Ich habe aber im letzten Sommer auch noch eine andere Erfahrung gemacht, nämlich daß man zuweilen von der Freiheit eine noch wunderlichere Vorstellung hat, so daß dann der Gipfel der Freiheit eine Art von Vogelfreiheit wäre, so daß aufgeregte Massen ihre tollsten Leidenschaften beliebig gegen ruhige und friedliche Bürger austoben dürften. Für diese Sorte der anarchischen Freiheit, welche höchstens den Wählern und Hegern bequamen kann, die soliden Bürgern aber unerträglich erscheinen muß, bedanke ich mich. Wo diese Freiheit herrscht, da kann gewiß keine politische und bürgerliche Freiheit gedeihen. Wenn aber die Rede ist von echter staatlicher und bürgerlicher Freiheit, so ist meine Befürchtung für die Zukunft gar nicht groß, denn es gibt keine Nation in der Welt, die so geboren und geartet ist für die Freiheit, wie die deutsche, und wenn sie politische Fehler machte, so hat sie dieselben eher aus übergroßer Neigung zur Freiheit gemacht, und nicht aus Neigung zur Unterordnung oder gar zur Knechtschaft. Ich kann auch nicht zugeben, daß einfach die Reaktion gegenwärtig in Preußen herrsche, es sind da eine Reihe von Dingen geschehen, die allen Begriffen und Neigungen der Reaktion vollständig ins Gesicht schlagen, und zwar, weil der Grundcharakter der äußern preussischen Politik der einer großartigen Reform ist, wenn sie nicht sagen wollen, einer geordneten Revolution, und keineswegs das Festhalten an alten Zuständen oder gar die reaktionäre Rückkehr in die früheren Zustände. Es ist mir niemals klar geworden, was man mit der Behauptung meint, daß man im Süden eine geordnete Freiheit habe, die im Norden nicht existire. Ich habe mich oft gefragt, ob denn das wahr sey? Denn dies ist ein Satz, den hört man alle Tage und überall im Süden. Ich weiß nicht, worin man in München oder Stuttgart freier wäre, als in Berlin, es wäre denn die Existenz eines großen Staates, der nicht leicht umzuwerfen ist, und dessen bloßes Daseyn die anarchischen Gelüste in Schranken hält. Einen andern wesentlichen Unterschied kann ich nicht finden, wenigstens keinen, der die Münchener oder Stuttgarter Freiheit besser empfehle, als die Berliner oder Kölner. Wenn ich ferner Karlsruhe mit Weimar vergleiche, das zu dem Norden gehört, so weiß ich wieder nicht, worin wir denn so viel weiter in der Entwicklung wären, als der Norden und weshalb wir im Interesse der Freiheit Ursache hätten, uns gegen den Eintritt in den großen deutschen Staat zu verwahren, während die Thüringer gern und freudig eingetreten sind. So gefährlich ist es also nicht, und überdies sind wir dann noch da. Treten wir in die Verbindung mit Preußen ein, sobald das möglich wird und sorgen wir dafür, daß die freihellen Einrichtungen, die uns am Herzen liegen, erhalten bleiben, dann thun wir unsere Pflicht. Dies ist also kein Grund, und nicht anzuführen, sondern nur ein Grund dafür, daß wir innerhalb des Anschlusses für unsere Interessen gehörig einstehen. Ein verehrtes Mitglied hat gesagt, das preussische Parlament sey in dem Kommissionsbericht nicht hinreichend erwähnt und berücksichtigt worden; die beiden Dinge aber, welche die ganze Bedeutung des deutschen Parlamentes in sich schließen, sind ganz ausdrücklich als feststehend erwähnt: Erstens die Kontrolle der Regierung, d. h. die Fürsorge, daß wir nicht schlecht regiert werden; Zweitens Mitwirkung bei den großen Fragen der Gesetzgebung und der Politik. Mehr zu sagen, dazu war keine Veranlassung, da wir uns vor bloßen Phrasen hüten wollten.

tes Mitglied sich neuerdings als Großdeutscher bezeichnet und von dem großdeutschen Gedanken aus seine Klage über die Ausschließung von Deutsch-Oesterreich ausgesprochen hat. Ich sehe die Zeit kommen — ob wir sie noch erleben, ob erst unsere Söhne oder Enkel, das weiß ich nicht, aber daß sie kommen werde, das glaube ich zu wissen — in der die Vertreter der sogenannten kleindeutschen Politik, welche inzwischen sehr groß geworden ist, vielleicht zum Schrecken vieler sogenannten Großdeutschen den Weg führen werden, daß eben sie, die Kleindeutschen, großdeutsch denken und handeln. Die Zeit wird kommen, in welcher die ganze deutsche Nation, so weit sie von dem einen politisch-nationalen Geiste erfüllt ist, einheitlich in dem einen mächtigen deutschen Staate sich zusammenschließen und zusammengefaßt werden wird. Ich betone dieses Wort „einheitlich“ und da möchte ich mich nicht mehr der Illusion des Bundesstaates hingeben, in der Hauptsache ist dies sicherlich vorbei. Täusche man sich daher nicht länger über den sogenannten Bundesstaat; der Bundesstaat, ohne die wesentliche Gleichheit der einzelnen Staaten und ohne Trennung der Bundesregierung von den Einzelregierungen, ist nie dagewesen, wenigstens bisher, und in Deutschland nicht mehr möglich. Für die deutsche Neugestaltung ist die Einheit des leitenden preussischen Staates entscheidend geworden. Darin stimme ich dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern vollkommen zu, daß ein absoluter Einheitsstaat dem deutschen Geiste widerspreche. Wir müssen auf der einen Seite eine stramme energische Einheit haben, die nicht mit sich spassen läßt, mit durchgreifender Autorität; davon hängt das Leben des Volkes und des Staates ab. Allein wenn wir dem deutschen Volke gerecht seyn wollen, müssen wir anderer Seits für die Glieder desselben auch ein bedeutendes Maß von innerer Freiheit haben, eine gewisse Autonomie, mit welcher die Glieder ihre Eigenthümlichkeiten wahren. Für diese Doppelbeziehung der politischen Einheit des Staates und der relativen Selbstständigkeit der Glieder gibt es ein Wort, das sehr bezeichnend ist: das ist der Unterschied zwischen Staat und Reich. Einheit muß in dem Reiche seyn, und diese kann für Deutschland nur in der einen Monarchie bestehen, nicht in einer föderativen Republik, sey es der Fürsten oder der Völker; diese deutsche föderative Republik ist einer der tollsten Träume der politischen Unreife, die es gibt. Wollte man im Süden damit Ernst machen, so würde man bald erfahren, daß dadurch nur ein großes Unheil und eine ungeheure Verwirrung über den Süden herbeigeführt würde. Also Einheit in der deutschen Monarchie, allein dabei große Freiheit in den Gliedern und den einzelnen Theilen. Dies ist der Charakter der deutschen Richtung im Gegensatz zu dem absoluten Einheitsstaate. Preußen muß ein großes deutsches Einheitsreich, nicht einen bloßen Einheitsstaat bilden, und gerade deshalb hat die Kommission am Schluß des Gedanken des deutschen Staatsbürger- oder Reichsbürgerrechts zur Sprache gebracht. Es soll das Gefühl durch alle Leute in allen deutschen Ländern gehen, daß sie in diesen Rechten gleich sind.

Wenn dieses deutsche Bürgerrecht anerkannt und ausgebildet wird, so wird das der Einheit und der Freiheit zugleich förderlich seyn. Nur mit der Einheit kann die nöthige staatliche Autorität zu voller Geltung und die deutsche Bedeutung in der Welt zur Anerkennung gelangen, nur in der Freiheit der Glieder wird die deutsche Nation sich glücklich fühlen und ihre Eigenthümlichkeit ausbilden können. Das ist das Ziel, nach dem wir streben, das wir erreichen müssen. Wie die deutschen Völker sich leichter und rascher unter dem gemeinsamen Namen und Rechte der deutschen Staatsbürger einigen werden, so werden sich die deutschen Fürsten und Könige leichter dem deutschen Kaiser als dem preussischen Könige unterordnen. So erhebt sich naturgemäß auf dem Boden des gemeinsamen Bürgerrechts in dem einheitlichen deutschen Reiche die deutsche Kaiserkrone.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen.

(Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wurden sämtliche Kommissionsanträge angenommen, — diejenigen unter Ziff. 1 und Ziff. 2 II. c., d., e. einstimmig, die unter Ziff. II. a. und b. gegen die drei Stimmen der Freiherren v. Gemmingen, v. Göler und v. Müdt. Indem diese Herren dagegen stimmten, erklärten sie jedoch nach kurzer Erörterung hierüber und anstatt eines zu stellenden besondern Antrages zu Protokoll, daß sie nur das darin ausgebrachte mögliche einseitige Vorgehen Badens nicht wünschen, sondern ein gemeinsames Handeln der süddeutschen Staaten vorsehen, so daß gleichzeitig für alle süddeutschen Staaten ein Schutz- und Trugbündnis mit Preußen und die entsprechenden Verträge in Militärsachen zum Abschluß gelangen.)

Karlstr. C. Macklot'sche Druckerei.

